Litteraturbericht.

Strafrecht. Allgemeiner Teil¹⁾.

Berichterstatter: Prof. Dr. v. Hippel.

I. Lehrbücher, Grundrisse, Kompendien.

1. Berner, A. B., Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 17. Aufl. Leipzig, Tauchnitz 1895. XXXII und 736 S. 8.

Die Veränderungen gegenüber der vorigen Auflage²⁾ beschränken sich in der Hauptsache auf Berücksichtigung der inzwischen erlassenen Gesetze (vgl. Verjährung S. 317, Verrat militärischer Geheimnisse S. 364, Wucher S. 608), sowie auf Angabe der neuesten Litteratur und Rechtsprechung. Die sonstigen textlichen Abweichungen (vgl. z. B. S. 124, 249, 262, 303 usw.) sind gering.

Im Vorwort erklärt der Senior deutscher Strafrechtswissenschaft, daß er mit Aufmerksamkeit die neuern Reformbestrebungen auf strafrechtlichem Gebiete verfolge und sich von ganzem Herzen dem segensreichen Bestreben nach Verbesserung des Loses der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend anschließe. Ehe man sich aber zu gesetzgeberischen Eingriffen entschieße, sei Verständigung über Sinn und Tragweite des geltenden Rechts erforderlich. In dieser Beziehung entwickelt Berner folgende Ansichten: „Die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht“ des § 56 St.G.B. ist ein allgemeines Erfordernis strafrechtlicher Zurechnungsfähigkeit, welches hier nur besonders hervorgehoben wird. Sie erheischt „eine gewisse Höhe der moralischen Vernunft“, nämlich die zur Zeit der Begehung vorhandene Fähigkeit, das Gemeinnützliche beziehungsweise Gemeinschädliche der konkreten Handlung zu erfassen. Das Streben nach Beseitigung dieses gesetz-

¹⁾ Persönliche Verhältnisse des Referenten haben das diesmalige Erscheinen des Litteraturberichts über Strafrecht, Allgemeinen Teil, verzögert. Für die Zukunft wird wieder eine Berichterstattung in kürzern Zwischenräumen Platz greifen.

²⁾ Besprechung derselben vgl. Z XI 718.

lichen Erfordernisses ist unberechtigt, wünschenswert dagegen allerdings, daß als weiteres Merkmal der Strafmündigkeit bei Jugendlichen die sittliche Reife verlangt werde. Außerdem bedarf es wohlgeordneter Straf- und Zwangs-erziehungsanstalten für Jugendliche. Die heutigen Altersgrenzen des R.St.G.B. haben folgende Bedeutung: Bis zum 12. Jahre besteht eine *praesumptio iuris et de iure* für die Unzurechnungsfähigkeit, vom 12. bis 18. Jahre eine *praesumptio simplex*, eine widerlegliche Vermutung. Zu einer Änderung dieser Vorschriften liegt kein Grund vor. — Am Schlusse seines Vorworts äußert Berner sich kurz über „Idealkonkurrenz von Verbrechen und Gesetzeskonkurrenz“.

Ein technischer Punkt kann bei Besprechung des Bernerschen Buches nicht übergangen werden. Seit der 16. Auflage citiert der Verfasser die Reichsgerichtsentscheidungen nur noch nach dem Datum, nicht mehr nach Band und Seitenzahl. Es ist das eine Ignorierung der Bedürfnisse des wissenschaftlich-ernsten Lesers, um deren Wiederbeseitigung hiermit erneut gebeten werden muß.

2. v. Liszt, F., Lehrbuch des deutschen Strafrechts. VII. Aufl. Berlin, Guttentag 1896. XXV und 694 S. 8.

Die Auflagen des Lisztschen Lehrbuchs sind sich seit 1891 in ungefähr 1 $\frac{1}{2}$ -jährigen Zeiträumen gefolgt³⁾. Für die Verbreitung des Wertes auch im Auslande ist die Angabe des Verfassers charakteristisch, daß sich gegenwärtig eine spanische und eine portugiesische Übersetzung in Vorbereitung befinden.

Die 6. Aufl. habe ich in Heymanns juristischem Litteraturblatt Bd.VII S. 12 besprochen und als Haupteigentümlichkeiten ihrer sehr eingreifenden Durcharbeitung die gegen früher noch energischere Betonung des Zweckgedankens und die vielfach schärfere, systematische Verknüpfung der Grundbegriffe hervorgehoben. Die jetzige Auflage läßt die bisherige Reihenfolge der Paragraphen unberührt, bringt aber, abgesehen von einer ausgiebigen Berücksichtigung der neuesten Litteratur und Rechtsprechung, eine ganze Anzahl dem Umfange nach kleinerer, sachlich aber teilweise doch erheblicher Veränderungen, welche sich ganz überwiegend als zweifellose Verbesserungen darstellen. In einzelnen Punkten freilich halte ich den Standpunkt der früheren Auflage für richtig und bedauere demgemäß den eingetretenen Meinungswechsel. So insbesondere, wenn Liszt, welchem für Begehungsort und -Zeit der Erfolg entscheidet, jetzt daraus (S. 118) die Konsequenz zieht: „Maßgebend ist also für die Tötung Ort und Zeitpunkt des Todes, nicht ... der zum Tode führenden Verwundung.“ Und ebenso, wenn der Verfasser (S. 126) die Notwehr auch in dem Falle für zulässig erklärt, daß der Angegriffene ohne Gefahr für seine eignen Interessen dem Angriff auszuweichen vermag.

³⁾ 4. Aufl. 1891 (Besprechung Z XII 914); 5. Aufl. 1892; 6. Aufl. 1894.

3. Meyer, H., Lehrbuch des deutschen Strafrechts⁴⁾. V. Aufl. Leipzig, Deichert 1895. XII und 784 S. 8.

Eine „völlig umgearbeitete“ darf der Verfasser die vorliegende Auflage mit Recht nennen, umgearbeitet nach Inhalt wie nach Umfang. Das System und die wissenschaftlichen Grundanschauungen sind naturgemäß im wesentlichen die gleichen geblieben. Aber mit größter Energie und unter gründlichster Benützung der neuern Litteratur, Rechtsprechung und Gesetzgebung hat Hugo Meyer im einzelnen geändert und gebessert, um die jetzige Auflage „zu einem dem gegenwärtigen Zustande der Strafrechtswissenschaft möglichst entsprechenden Bilde zu gestalten“. Hand in Hand mit dieser Neubearbeitung ist eine durchgreifende Verkürzung des Werkes getreten, „da die vorige Auflage über den herkömmlichen Umfang eines Lehrbuches hinausging“. Schon der allgemeine Teil weist 57 Seiten weniger auf, als bisher (449 gegen 506 S.); der besondere Teil aber ist geradezu auf $\frac{3}{5}$ des frühern Umfangs zusammengezogen worden (jetzt 310, früher 511 Seiten). Ist bei dieser Reduktion auch manches sachlich wertvolle Detail verschwunden, so wurde sie doch vor allem durch eine wesentlich präzisere und knappere Form der Darstellung ermöglicht. Und gerade deshalb darf sie, wie mir scheint, mit lebhafter Freude begrüßt werden.

4. Birkmeyer, Grundriß zur Vorlesung über das deutsche Strafrecht, 3. Aufl. München, Ullermann 1895. 38 S. 8.

Nur für die Vorlesungen des Verfassers bestimmt, soll der Grundriß den Zuhörern von vornherein einen Überblick über das System geben und zeitraubende Litteratur- und sonstige Angaben ersparen. Über den Inhalt habe ich beim Erscheinen der 1. Aufl. (Z XI 722) näher berichtet; wie damals, so nimmt der Verfasser auch jetzt fortlaufend auf das Liszt'sche Lehrbuch (VI. Aufl.) Bezug und bringt eigne Litteraturangaben demgemäß erst seit 1894.

5. Frhr. v. Weixenstein, Richard, Das deutsche Reichsstrafrecht, nach dem R.St.G.B. und den sonstigen Reichsstrafgesetzen systematisch dargestellt. Bd. 1 Allgemeiner Teil. Berlin, Carl Heymann 1894. XII und 194 S. 16.

Das kleine Kompendium ist als Nr. XIII von Heymanns juristischen Vorbereitungsbüchern erschienen. Es soll dem Kandidaten, welcher „nicht Zeit findet, die großen Lehrbücher eingehend zu studieren, ein Buch an die Hand geben, welches alles fürs Examen Notwendige enthält“, ferner aber auch demjenigen, „welcher bereits, sei es im Kolleg oder nach einem größern Lehrbuche, Strafrecht studiert hat“, als kurzgefaßtes Repetitorium dienen. Dabei wird ausdrücklich erklärt, „daß der mit dem Inhalte dieses Buches Vertraute vollauf genügend im Strafrecht vorbereitet ist“. Nach meiner Auffassung

⁴⁾ Die 4. Aufl. kam in den Jahren 1886—1888 heraus. Besprechungen derselben vgl. Z VII 728 und IX 663.

können solche Bücher nur dazu dienen, um faule oder unfähige Kandidaten mit einem kümmerlichen Scheinwissen zu versehen. Es ist daher im Interesse der juristischen Ausbildung zu bedauern, wenn Autoren und Verleger sich mit der Herstellung derselben befassen.

II. Allgemeine Abhandlungen.

6. v. Buri, Beiträge zur Theorie des Strafrechts und zum Strafgesetzbuche. Gesammelte Abhandlungen. Leipzig, Veit & Co. 1894. VI und 484 S. 8.

Ein wissenschaftliches Leben reich an Arbeit und an Erfolgen ist es, über welches der vorliegende stattliche Band eine gedrängte Übersicht gewährt. Nicht weniger als 70 Nummern umfaßt das vom Jahre 1859 bis 1893 reichende Verzeichnis der sämtlichen Abhandlungen des Verfassers (S. 476—484). Inhaltlich finden wir 30 ausgewählte Aufsätze wiedergegeben, welche man fast als ein Lehrbuch über Strafrecht, Allgemeinen Teil, verbunden mit einer Reihe, den besondern Teil berührender Erörterungen, bezeichnen könnte. Gern wird der Leser diese Gabe entgegennehmen. Mag man sich im einzelnen zu den vorgetragenen Ansichten zustimmend oder ablehnend verhalten⁵⁾, sicher ist, daß die Gesamtleistungen v. Buris eine so große Förderung unsrer allgemeinen dogmatischen Anschauungen auf dem Gebiete des Strafrechts bewirkt haben, wie sie nicht oft einem Manne zu danken ist. Die hier gebotene Möglichkeit einer raschen und zuverlässigen Orientierung über diese Leistungen kann daher nur sympathisch begrüßt werden.

7. Oppenheim, Dr. L., Die Objekte des Verbrechens. Basel, Schwabe 1894. VII und 388 S. 8.

Daß jedes Verbrechen dem objektiven Recht (als dem Inbegriff der Rechtsatzungen) widerspricht, es „verlezt“, ist selbstverständlich. „Die weiter zu beantwortende und stets sehr bestrittene Frage aber war immer diese: Was ist als Objekt der einzelnen verschiedenen Verbrechen anzusehen, gegen welche Objekte enthalten sie Angriffe?“

In der ersten Abteilung seines Buches (S. 1—68) gibt der Verfasser eine kritische Übersicht über die wichtigsten bisherigen Theorien auf diesem Gebiete (Feuerbach, Wächter, Berner, Löning, Birnbaum, Schütze, Binding, Herz, Liszt, Kefler, Finger, Merkel). Bei Besprechung der Lisztschen Ansicht (S. 27—33) widerfährt ihm ein erhebliches Mißverständnis. Liszt behauptet, daß das Verbrechen als Handlung sinnlich wahrnehmbare Verände-

⁵⁾ Mag man ferner auch die in den letzten Jahren befolgte Methode v. Buris, jede Publikation auf bestimmten Gebieten mit einer ausführlichen Sonderkritik in der Form eines selbständigen Aufsatzes zu begleiten, für ermüdend und nicht genügend fruchtbar halten. So meine Besprechungen Z X 744 und Z XI 733.

rung der Außenwelt sei⁶⁾. Oppenheim bekämpft das als „durchaus unhaltbar“ in der Meinung, daß damit eine sichtbare Veränderung an einem körperlich greifbaren Gegenstande gefordert werde! Als Gesamtergebnis seiner Kritik ergibt sich für den Verfasser (S. 59 bis 63), daß alle bisherigen Theorien „ein großes Stück Wahrheit enthalten“, aber einseitig sind. Zweifellos sind viele Verbrechen Angriffe auf subjektive Rechte, aber nicht alle. „Sicher ist ferner, daß jedes Verbrechen irgend ein ‚Gut‘ verletzt oder gefährdet oder möglicherweise gefährden kann, wenn unter ‚Gut‘ alles Mögliche verstanden wird, was einen Wert hat.“ Dann aber ist der Begriff ein so weiter, daß man mit der Bezeichnung als ‚Güterverletzung‘ nicht „zur Unterscheidung der verschiedenen Objekte jedes Verbrechens gelangt“. „Sicher ist ferner, daß in jedem Verbrechen Angriffe auf irgend welche ‚Interessen‘ stecken. Allein solche Interessen können nur indirekt als Angriffsobjekte angesehen werden.“

Bei dieser Sachlage muß nach Oppenheim zunächst festgestellt werden, „was der Begriff ‚Objekt‘ überhaupt bedeutet und wie vielerlei er umfaßt. Hierauf ist zu untersuchen, in welcherlei Weise überhaupt die Objekte mit den menschlichen Handlungen verknüpft sind.“ Dann erst „kann man an die Beantwortung der Frage herangehen, was als Objekt der Verbrechen anzusehen ist.“

Eine ausführliche Detailerörterung (S. 64—78) führt zu dem Resultat (S. 79): „Objekt im logischen Sinne ist alles und jedes, was das menschliche Bewußtsein einer Betrachtung unterwirft“ („stets etwas Existentes, wenn auch in zahlreichen Fällen nur ein in der Vorstellung existierendes“). Überall erscheint das Objekt „als ein dem Subjekt selbständig gegenübergestelltes Ding“, so auch bei der Handlung. „Der handelnde Mensch auf der einen, das Objekt auf der andern Seite, die Handlung als Kette des Geschehens, welche die Beziehung zwischen Subjekt und Objekt herstellt — das ist der Standpunkt, von dem ausgegangen werden muß“ (S. 81).

Die Handlung als „Willensverwirklichung durch Muskelbewegung“ ist „Veränderung in der Außenwelt in Beziehung auf ein oder mehrere Objekte“ (S. 82—86). Als Objekt der Handlung aber erscheint „nicht jedes Objekt im logischen Sinne“, sondern nur dasjenige, „dessen Zusammenhang mit dem Subjekt der von letztem bezweckte ist“. „Alle andern Objekte erscheinen als Handlungsmittel“ (S. 86—91). Handlungen des Subjekts an sich selbst als Objekt sind in verschiedener Weise möglich (S. 95—100). Auch kann das Objekt ein erst durch die Handlung erzeugtes oder durch dieselbe am Entstehen verhindertes sein (S. 91—95). Die Natur des Objekts ist für die Bornahme der Handlung nach zwei Seiten hin von Einfluß. Nichtkörperliche Objekte (Beziehungen und Zustände) können regelmäßig „nicht Gegenstand einer Handlung sein, ohne daß die betreffende Handlung an andern Objekten

⁶⁾ Vergl. die von Oppenheim benutzte III. Aufl. des Lehrbuchs S. 105, die im Jahre 1892 erschienene V. Aufl. S. 119, 128; jetzt VII. Aufl. S. 102.

vorgenommen wird, welche gewissermaßen als Durchgangsobjekte anzusehen sind". Ferner: Nur an körperlichen Objekten sind „körperliche“, d. h. sichtbar beeinflussende Handlungen möglich (S. 100—108). Zeit und Raum sind niemals Objekt von Handlungen. „Jede zeitliche Beziehung von Handlungen zu Ereignissen besteht lediglich in der Koincidenz. Alle räumlichen Beziehungen von Handlungen sind solche zu bestimmten körperlichen Gegenständen.“ Oppenheim nennt diese Gegenstände „räumliche Objekte der Handlung“ (S. 108—120). Weitere kasuistische Untersuchungen (S. 120—144) liefern das Ergebnis, daß je nach dem Standpunkt der Beurteilung (Standpunkt des Handelnden oder eines Dritten, Betrachtung von speziellen oder generellen Gesichtspunkten aus) verschiedene Dinge als Handlungsobjekte erscheinen können und daß „eine und dieselbe Handlung, obgleich sie nur an einem einzigen Objekt vorgenommen wird, trotzdem mehrere Objekte haben kann“. (Beispiel: Um den Vater zu ärgern, prügelt jemand den Sohn.) „Was Objekt einer Handlung ist“, läßt sich also nur bestimmen, „wenn gleichzeitig angegeben wird, von welchem Standpunkt der Betrachtung der Handlung aus die Antwort ergehen soll“ (S. 114).

Nunmehr geht Oppenheim auf „die Objekte des Verbrechens“ über. Nicht weniger als 12 verschiedene Verbrechensobjekte werden S. 155 aufgezählt, dann aber erklärt (S. 156), daß hier nur 4 derselben von Interesse seien: das Schutzobjekt, das Handlungsobjekt, das Definitionsobjekt und das räumliche Objekt.

Die letzten beiden Objekte wären jedoch, glaube ich, besser unerwähnt geblieben¹⁾.

„Definitionsobjekt“ nennt Oppenheim (S. 148), „was nach der mit den Worten des Gesetzes ausgesprochenen Definition als Objekt der Handlung erscheint“; und S. 175—183 belehrt er uns darüber, daß dies sehr verschiedene Dinge sein können („bald das Handlungsobjekt, bald das Schutzobjekt, bald beide, bald auch keines von beiden, sei es, daß die Gesetze ein anderes Objekt als Definitionsobjekt verwenden, sei es, daß sie sich bildlicher Ausdrücke bedienen und demgemäß ein Definitionsobjekt gar nicht angegeben werden kann“!). Fragen wir, welches juristische Interesse dieses vag bestimmte „Definitionsobjekt“ nun eigentlich hat, so erfahren wir (S. 148) lediglich, daß es als Thatbestandsmerkmal der Feststellung bedarf. Das aber bedarf jedes andre Thatbestandsmerkmal gerade so gut. Und doch wird deshalb noch niemand behaupten wollen, daß eine kasuistische Aufzählung irgendwelcher Deliktmerkmale juristisch wertvoll sei.

Daß bei einer ganzen Reihe von Delikten die Bornahme an bestimmten Orten (bismalen auch die Richtung auf solche Orte hin beziehungsweise von ihnen weg) zum Thatbestand gehört, ist richtig. Was aber mit einer Zusammenstellung aller möglichen derartigen Fälle, wie Oppenheim sie S. 237—252 liefert, juristisch gewonnen sein

¹⁾ In diesem Sinne bereits kurz Detter, Jurist. Literaturblatt Nr. 61.

soll, ist wiederum nicht einzusehen, und ebensowenig, welchen Wert es hat, hier von „räumlichen Objekten“ des Verbrechens zu reden. Wir sehr im Gegenteil das einmal aufgestellte Wort den Blick des Verfassers für sachliche Ziele verbunkelt und ihn zu bloßer Verbal- dialektik verführt, dafür sei hier nur folgende Probe aus dem besondern Teil (S. 375) angeführt: „Auch die Landstreicherei gemäß § 361 Nr. 3“ — so heißt es da — „ist ein Verbrechen mit räumlichem Objekt. Da ein Landstreicher ein Mensch ist, welcher mittellos und ohne Absicht, sich ein Unterkommen und Mittel zu verschaffen, das Land durchzieht, d. h. von Ort zu Ort wandert, bald hier, bald dort auftaucht, so ist als Objekt der Handlung des Landstreichens der Landstreicher selbst zu betrachten, der seine Person von Ort zu Ort verbringt. (!) Aber nicht seine Person steht für die Rechtsordnung im Vordergrund des Interesses, sondern das Landgebiet, in dem er umherzieht, das er ‚bestreicht‘ und demgemäß unsicher macht. Somit ist dieses Landgebiet das räumliche Objekt der Handlung, das Objekt des Verbrechens. (!) Die Rechtsordnung will nicht, daß eine Person mittellos und ohne Absicht, sich ein Unterkommen zu verschaffen, in einem Landstrich umherzieht.“

Den Kernpunkt der Oppenheimschen Ausführungen bildet die Betrachtung des Schutz- und des Handlungsobjekts. Schutzobjekte sind diejenigen „nicht persönlichen Objekte“ (z. B. Leben, Ehre, Eigentum, öffentlicher Frieden usw.), um derenwillen „die verbrecherischen Handlungen verboten und mit Strafe bedroht sind“ (S. 152, 153). Diese Schutzobjekte aber kann die menschliche Handlung nicht unmittelbar angreifen, sondern nur indirekt, indem sie „an andern Objekten vorgenommen wird, welche gewissermaßen als die Durchgangsobjekte für jene erstern dienen“; das sind die Handlungsobjekte (S. 153, 154). (An späterer Stelle — S. 194 — wird definiert: „Schutzobjekt ist dasjenige Objekt, welches durch das einzelne Verbrechen angegriffen wird“, Handlungsobjekt „dasjenige Objekt, an welchem das Verbrechen begangen beziehungsweise welches durch das Verbrechen erzeugt werden muß, damit der das betreffende Verbrechen charakterisierende Angriff auf ein Schutzobjekt vorliegt.“) Die Handlungsobjekte sind in vielen Beziehungen von praktischer Bedeutung (S. 156—170); von ihnen reden wir z. B. beim untauglichen Versuch, beim error in objecto usw. usw. Der Gegensatz von Handlungsobjekt und Schutzobjekt ist (S. 195) „ein so notwendiger und prägnanter, daß er gewissermaßen instinktmäßig von der Gesetzgebung und von der Theorie gefühlt werden mußte, wenn er auch in diesem Buche zuerst in exakter Weise erörtert und durchgeführt wird“. Der letztern Behauptung gegenüber muß betont werden, daß Oppenheims Standpunkt im Prinzip durchaus der Lisztischen Unterscheidung des Verbrechens als Rechtsverletzung und als Handlung entspricht. Neu ist freilich, wenn Oppenheim (S. 183) den Begriff „Rechtsgut“ für das „Schutzobjekt“ nicht verwerten will „wegen der Weite“ desselben und wenn er positiv lehrt (S. 184—194), daß die Schutzobjekte

in „Rechte, Pflichten, Zustände oder Gefühle“ zerfallen. Ich glaube aber kaum, daß eine solche rein formalistische Einteilung, welche keinerlei Einblick in die reale Bedeutung und den Zusammenhang der geschützten Interessen beziehungsweise Güter gewährt, — selbst wenn man ihre Richtigkeit zugeben wollte, — als ein wissenschaftlicher Fortschritt bezeichnet werden kann.

Was Oppenheim weiter noch in dieser Abteilung bezüglich der „Objekte des Verbrechens“ bringt, sind kasuistische Detailuntersuchungen über die positivrechtliche Bedeutung des Schutzobjekts (S. 196—201, für Unterlassungen S. 211—213), über die Trennung von Verlesungs-, Gefährdungs- und Ungehorsamsdelikten (die der Verfasser terminologisch natürlich auf sein „Schutzobjekt“ bezieht, S. 201—211), über das Handlungsobjekt (S. 213—222), über Verbrechen mit unbestimmtem Handlungsobjekt (bei so genereller Fassung des Gesetzes, „daß Handlungen an den verschiedensten Objekten unter dasselbe fallen“, S. 222—229), desgleichen mit unbestimmtem Schutzobjekt (wenn die Handlung „nicht im Interesse ganz bestimmter Schutzobjekte, sondern vielmehr im Interesse unbestimmt verschiedener Schutzobjekte unter Strafe gestellt“ ist, S. 229—233), über „sekundäre Schutzobjekte“ (d. h. solche, welche hinter den in erster Linie geschützten Objekten, in deren Interesse das Strafgesetz erlassen ist, „teils für die Bestrafung überhaupt, teils für die Erhöhung der Strafe von Bedeutung sind“, S. 233—237), endlich über die Bedeutung der Zeit bei Verbrechen (S. 253, 254).

Die vierte und letzte Abteilung des Buches („die Objekte der einzelnen Verbrechen“, S. 255—388) führt sämtliche einzelnen Delikte des R.St.G.B. in Bezug auf ihre verschiedenen Objekte vor; sie bildet das Urmaterial, aus welchem die Ansichten des Verfassers hervorgegangen sind und soll als Beweismittel für die Richtigkeit seiner Ergebnisse dienen.

Die Schrift Oppenheims enthält sicherlich viel Wertvolles; immerhin dürften ihre Gesamtergebnisse kaum im Verhältnis zu der aufgewandten Mühe und zu dem Umfang des Buches stehen. Der Grund hierfür scheint mir in einem gewissen Scholastizismus des Verfassers zu liegen, welcher über der Freude an begrifflichen Einteilungen leicht den richtigen Maßstab für deren sachliche Bedeutung verliert. So erklärt sich wohl insbesondere das vielfach geradezu unerträgliche Überwuchern des Details, so auch die merkwürdige Erscheinung, daß Oppenheim gerade in der wichtigsten, die Objekte des Verbrechens behandelnden Abteilung des Werkes nicht einmal den Versuch einer zusammenfassenden Darstellung seiner Resultate unternommen hat.

S. Zucker, Prof., Einige allgemeine Bestimmungen des österreichischen Strafgesetzentwurfes und des deutschen Strafgesetzbuchs. Gerichtssaal Bd. 51 S. 414—439.

In etwas erweiterter Form gibt die Arbeit einen von dem Verfasser am 9. Februar 1895 in der juristischen Gesellschaft zu Berlin

gehaltenen Vortrag wieder, welcher „die Übereinstimmung und Verschiedenheit zwischen dem geltenden deutschen und dem zu gewärtigenden österreichischen Strafgesetze“ in gedrängter Kürze schilderte. Der Vergleich erstreckt sich auf die wichtigsten Materien des allgemeinen Teils, besonders ausführlich die Behandlung jugendlicher Personen berührend. Als persönliche Ansichten des Verfassers treten folgende hervor: Die Auslieferung eigener Unterthanen ist in einzelnen Fällen und unter gewissen Kautelen wünschenswert (Beispiel: Prozeß Tourville). Strafschärfungen sind nur bei kurzen Freiheitsstrafen „diskutabel, weil bei dem mißlichen Zustande unsrer kleinen Gefängnisse der Strafvollzug in denselben jeder abschreckenden Wirkung entbehrt“. Die bedingte Straferlassung nach dem Muster des deutschen Rechtes erscheint als empfehlenswert, ebenso die bedingte Verurteilung, aber als „ein kriminalistisches Heilserum von bescheidener Wirkung“. Die Vollstreckung der Geldstrafe in den Nachlaß ist verwerflich, das System der Ehrenfolgen der Verurteilung sehr reformbedürftig. Die Versuchdefinition des österreichischen Entwurfes leidet an bedenklicher Kürze, dagegen ist die geplante Bestrafung des Versuchs bei allen Verbrechen und Vergehen sowie bei einzelnen Übertretungen zu billigen, ebenso die Zulässigkeit der Notstandshandlung zu Gunsten beliebiger Dritter. Bei Jugendlichen ist namentlich Hinaufrückung des Alters der Strafmündigkeit über das zwölfte Lebensjahr, kumulative Verwertung der Zwangsberziehung neben der Strafe und Vermeidung des heutigen Systems kurzzeitiger Strafen wünschenswert. Die im österreichischen Entwurf nicht vorgesehene Verjährung der Strafvollstreckung und anderseits die Beibehaltung „des alten Instituts der Straflosigkeit gewisser Vermögensdelikte bei erfolgter rechtzeitiger Schadengutmachung“ ist zu empfehlen. Hinsichtlich der Konkurrenz endlich hält Zacher die Bestimmung des geltenden österreichischen St.G.B. für einfach und zweckmäßig, wonach „ein Verbrecher, welcher mehrere Verbrechen begangen hat, nach jenem, auf welches die härtere Strafe gesetzt ist, jedoch mit Bedacht auf die übrigen Verbrechen, zu bestrafen ist.“

III. Kausalzusammenhang.

9. Thyrén, J. C. W. (Professor an der Universität Lund): Abhandlungen aus dem Strafrechte und der Rechtsphilosophie. I. Bemerkungen zu den kriminalistischen Kausalitätstheorien. Lund, Almqvista Univ.-Böthandeln. 8. 158 S.

Die Schrift enthält eine scharf durchdachte und wertvolle Untersuchung des Kausalitätsbegriffes und seiner strafrechtlichen Bedeutung. Der Verfasser unterscheidet im Kausalitätsbegriff zunächst zwei verschiedene Seiten, die zeitliche Aufeinanderfolge (Succession) und den innern Zusammenhang. Die Succession „ist ein rein apriorisches Element, welches mit der Beschaffenheit der Zeitform zusammenfällt, allen ihren Teilen a priori ihre Stelle zu bestimmen, indem jeder Zeitpunkt der Weltentwicklung mit Notwendigkeit auf

eben dieser Stelle im Verhältnis zu den vorhergehenden und nachfolgenden eintreten muß. Aus dieser Seite des Kausalitätsbegriffes folgt, ebenfalls a priori, daß jede einzelne Erscheinung notwendig in eben diesem Zeitpunkt eintritt, was wiederum heißt, daß sie notwendig allen vorangehenden einzelnen Erscheinungen in gewisser Ordnung nachfolgt und allen nachfolgenden vorhergeht". Für das Verhältnis der einzelnen Erscheinungen untereinander ergibt sich daraus „nur die einzige unabänderliche Regel: alle und jede Erscheinung ist mit aller und jeder Erscheinung absolut notwendig verbunden. Welche zwei Erscheinungen wir auch vergleichen wollen, das Verhältnis zwischen ihnen ist von diesem Gesichtspunkte aus immer dasselbe, nämlich ein Verhältnis absoluter Notwendigkeit. Jede Einteilung sämtlicher Antecedentien nach ihrer Kausalität oder Nichtkausalität bezüglich eines gegebenen Subsequenz ist" insoweit „also von vornherein unmöglich: die Ausdrücke ‚nicht kausal‘, ‚weniger kausal‘ haben absolut keinen Sinn“.

Ander, wenn wir uns die successiven Weltzustände nicht lediglich als nacheinander folgend, sondern als auseinander geschaffen vorstellen (wogu den Menschen die Erfahrung zwingt). Allerdings ist auch dann jeder gegebene reale Vorgang im spätern Zeitmoment von allen realen Vorgängen im frühern Zeitmoment beeinflusst (steht mit ihm im Zusammenhang), aber in unendlich verschiedenem Maße. Denn jede einzelne Kraft durchdringt zwar das ganze Universum, aber mit einer vom Kraftcentrum ab bis ins Unendliche abnehmenden Intensität (verschiedener Zusammenhangsgrad).

Könnte der Mensch in seinem Bewußtsein die objektive Welt absolut richtig abspiegeln, so müßten ihm danach alle Erscheinungen als in unendlich variierendem Zusammenhang befindlich sich darstellen. „In Wirklichkeit aber vermag der Mensch hier wie überall der unendlichen objektiven Kontinuität nicht weit zu folgen, vielmehr wird ihm bald der abnehmende Zusammenhangsgrad = 0. Dies ist der innerste Grund, daß für den Menschen ein (objektiv nicht stattfindender) Gegensatz zwischen kausalen und nichtkausalen Antecedentien entsteht.“ Dazu kommt teils, daß der Mensch nicht bereits jeden wahrnehmbaren Zusammenhang auch als relevant erachtet, „teils daß er den wahren objektiven Zusammenhangsgrad irrtümlich vielfach überschätzt oder unterschätzt“. Alles zusammen „ergibt eine Abgrenzung, durch welche aus der Totalität der Antecedentien diejenigen Antecedentien ausgeschieden werden, welche dem Menschen für die gegebene konkrete Erscheinung kausal erscheinen“. Diese Abgrenzung bildet auch den notwendigen (freilich nicht klar erkannten) Ausgangspunkt der heute herrschenden (v. Burischen) Kausalitätslehre. Der theoretische Fehler dieser Lehre aber besteht darin, daß sie die absolute Gleichwertigkeit aller als kausal erkannten Antecedentien behauptet. Dabei wird nur die stets gleiche Notwendigkeit der Succession beziehungsweise das Vorhandensein eines Zusammenhanges berücksichtigt, — (beides jedoch besteht bei sämtlichen Antecedentien

und würde daher überhaupt nicht zur Trennung kausaler und nicht-kausaler führen können) — der verschiedene Zusammenhangsgrad aber ignoriert. Faßt man den letztern ins Auge, so ergibt sich eine unendlich variierende Bedeutung, „ein kontinuierlicher Unterschied“ der relevanten Antecedentien, freilich aber noch keineswegs die Möglichkeit, innerhalb derselben weitere begriffliche Abgrenzungen von praktischer Bedeutung vorzunehmen. (So S. 1—34.)

Die Versuche solcher Abgrenzung, welche teils eine Zweiteilung zwischen Ursachen und Bedingungen anstreben, teils das juristisch relevante kausale Gebiet in toto stärker beschränken wollen, unterwirft der Verfasser nunmehr seiner Kritik.

In schlagender Weise wird zunächst (S. 35—61) die Unhaltbarkeit einer strafrechtlichen Scheidung zwischen der letzten und den frühern, sowie zwischen der bewegten und den ruhenden Bedingungen nachgewiesen. Es folgt (S. 61—91) eine interessante Besprechung der Bindingschen „Gleichgewichtstheorie“.

Der Unterschied zwischen befördernden und abhaltenden Bedingungen ist vom Standpunkte jeder Kausalitätstheorie aus logisch berechtigt und notwendig. Denn wenn wir den Kausalitätsbegriff im praktischen Leben verwerten, so interessiert uns niemals eine konkrete Erscheinung an sich⁸⁾, sondern stets nur irgendwelche abstrakte Dualitäten dieser Erscheinung (im Strafrecht diejenigen Dualitäten, welche der Erscheinung die Eigenschaft als Verbrechen verleihen). Im Verhältnis zu der jeweils interessierenden Qualität aber zerfallen die für das gesamte Ereignis kausalen Antecedentien — (wie eingehend dargelegt wird) — notwendig in befördernde, abhaltende und indifferente Bedingungen. Welche Bedingungen für die Verbrechenqualität befördernd, welche abhaltend sind, ergibt sich (da es sich hier stets um das Verantwortlichmachen bestimmter physischer Personen handelt) durch eine hypothetische Elimination der menschlichen Handlung. Maßgebend ist, ob der Eintritt der Handlung unter den gegebenen Verhältnissen eine Richtung auf die Verbrechenqualität oder auf ihren Gegensatz enthält. Strafrechtlich verantwortlich ist selbstverständlich nur, wer befördernde Bedingungen setzt.

Es fragt sich nun weiter, ob sich unter den befördernden Bedingungen, wie Binding will, eine (oder mehrere?) aussondern lassen, welche als entscheidende das Übergewicht über die abhaltenden Bedingungen herstellen. Binding selbst hat hierfür keinen Weg gezeigt⁹⁾ und darin liegt die Schwäche seines Standpunkts.

Nach Thyrén ist folgende Trennung theoretisch möglich: Entscheidend sind diejenigen Bedingungen, bei deren Wegfall die Ver-

⁸⁾ Wäre dies der Fall, dann freilich könnte von der obigen Einteilung keine Rede sein. Denn für eine konkrete Wirkung ist jede Bedingung befördernd, insofern sie für deren Zustandekommen mitwirksam war, jede abhaltend, indem sie allein ohne alle übrigen die konkrete Erscheinung nicht erzeugt hätte.

⁹⁾ Entgegen dieser Annahme Thyréns weist Helmer (in der unten Nr. 19 besprochenen Arbeit) darauf hin, daß Binding ein zeitliches Moment für ent-

brechensqualität der Wirkung (also der strafrechtlich relevante Erfolg) nicht eingetreten wäre; nicht entscheidend diejenigen, welche zwar in dem konkreten Kausalverlaufe für das Zustandekommen der Verbrechenqualität mitwirkend waren, ohne daß doch voraussichtlich durch ihr Fehlen jenes Zustandekommen verhindert worden wäre¹⁰⁾. Ob sich auf diesen Unterschied auch eine praktisch verschiedene strafrechtliche Behandlung gründen läßt, darüber gibt der Verfasser leider keine endgültige Auskunft, da diese Frage für jeden besondern Fall (Teilnahme usw.) entschieden werden müsse. Betont wird immerhin, daß die obige logisch mögliche Unterscheidung praktisch sehr häufig nicht durchführbar sei, die non liquet-Fälle daher notgedrungen den entscheidenden Bedingungen gleich behandelt werden müßten.

Die gewonnenen Ergebnisse bieten die Grundlage zu einer eingehenden Kritik der Birkmeyerschen Theorie (§. 91—116). Die Aussonderung der wirksamsten Bedingung als Ursache ist nicht nur formell undurchführbar, sondern auch sachlich verfehlt. Zum mindesten müßte das Geschehen jeder entscheidenden Bedingung zur Begründung voller Verantwortlichkeit genügen. Die Möglichkeit einer weiteren Einschränkung verbietet sich deshalb, weil sich die strafrechtlich interessierende Wirkung nur nach ihrer Qualität bestimmen, nicht aber, wie der zivilrechtliche Schadenserfaß, nach ihrer Quantität berechnen und abstimmen läßt.

Das letzte Kapitel der Schrift ist einer kürzern Besprechung der durch v. Bar beziehungsweise v. Kries vertretenen Ansichten gewidmet. Die Gewöhnlichkeit oder Regelmäßigkeit der Handlung (v. Bar) ist an und für sich als Maßstab strafrechtlicher Verantwortlichkeit ungeeignet. Überall vielmehr muß objektiv lediglich die Kausalität nach den gewöhnlichen Grundsätzen festgestellt, subjektiv aber auf die psychische Bestimmtheit des Handelnden gesehen werden: „Es fragt sich immer, ob nach den dem Handelnden bekannten (beziehungsweise bei Fahrlässigkeit: bekannt sein sollenden) Voraussetzungen die Möglichkeit der Wirkung eine im Verhältnis zu dem durch die Handlung repräsentierten Interesse zu große ist.“

Der v. Kries'sche Standpunkt der adäquaten Verursachung liefert im allgemeinen dasselbe Ergebnis, wie wenn man sagt: „Von allem schlechthin Verursachten prästiert der Handelnde nur das individuell Voraussehbare.“ Wertvoll jedoch ist jener Standpunkt für die Erkenntnis anderer strafrechtlicher Begriffe, insbesondere des Ge-

scheidend erachte. Die Bedingung ist ihm dann Ursache, „wenn die menschliche Handlung nicht mehr vermag, den Erfolg abhaltende Bedingungen vor dessen Eintritt einzuschleppen und das rollende Rad an den Speichen zu halten“ (Normen, II. Aufl., I §. 117).

¹⁰⁾ Beispiel: B reicht dem A den in der Nähe stehenden Besen, mit welchem A nun den C körperlich mißhandelt. Nach Lage des Falles ließ sich bestimmt annehmen, daß bei Untätigkeit des B der Thäter A den Besen selbst ergriffen hätte.

fährungsverbrechen, wie auch in den Fällen erhöhter Strafbarkeit bei Eintritt gewisser schwererer Erfolge (z. B. St.G.B. § 226).

Mit dieser Inhaltsangabe hoffe ich die Grundanschauungen des Verfassers in zutreffender Weise skizziert zu haben. Leicht ist diese Arbeit nicht. Denn das Verständnis des Buches wird vielfach durch eine allzu abstrakte Art der Darstellung, insbesondere eine übermäßige Anwendung mathematischer Formeln, unnötig erschwert. Trotzdem kann die Lektüre nur dringend empfohlen werden; hingewiesen sei dafür insbesondere noch auf die Ausführungen des Verfassers über das Verhältnis von Kausalität und Voraussehbarkeit (S. 117—122), wie auch über die Kausalität der Unterlassungen (S. 131—134), auf deren Wiedergabe hier im Interesse der Kürze des Referats verzichtet werden mußte.

10. Müller, Dr. jur. Gustav. (München.) Das Kausalitätsproblem im Strafrecht. Gerichtssaal, Bd. 50 S. 241—339.

Der Verfasser definiert (S. 277): „Ursache eines konkreten Erfolges ist die zu einem Wirken verbundene Gesamtheit der auf den konkreten Erfolg bezüglichen und mit demselben kohärierenden, wirkenden Faktoren.“ „Für das praktische Rechtsleben“ aber ist „dieser philosophische Ursachenbegriff unverwertbar.“ „Vergeblich ist“ auch (S. 292), wie der Verfasser weiterhin erklärt, „der Versuch, irgend einen brauchbaren Unterschied der bei der Entstehung eines Erfolges mitwirkenden Faktoren mit Rücksicht eben auf ihren Wirksamkeitsbeitrag herauszufinden.“ Und so kommt Müller schließlich (S. 311) zu dem Ergebnis: „Die Handlung beziehungsweise Unterlassung hat den verbrecherischen Erfolg dann verursacht, wenn sie sich als eines der für den Eintritt dieses Erfolges unbedingt erforderlichen Antecedentien darstellt.“ Damit nähert Müller sich so sehr dem Standpunkte v. Buri (und des Reichsgerichts), daß er es wohl besser unterlassen hätte, denselben (S. 254) als unlogisch zu bekämpfen.

Eine kritische Besprechung der vorliegenden Arbeit gibt v. Buri im Gerichtssaal Bd. 57, S. 62—75.

IV. Rechtswidrigkeit.

11. Sturm, Dr. H. (Notar und Rechtsanwalt in Raumburg a. S.), Die Rechtswidrigkeit der Unterlassung. Berlin. Carl Heymann. 1895. 46 S. 8.

Der Verfasser ist bereits früher auf dem Gebiete der Unterlassungsdelikte litterarisch thätig gewesen. Im Jahre 1883 veröffentlichte er ein starkes Buch (482 S.) „Die Kommissivdelikte durch Unterlassung und die Omissivdelikte“ und ließ dasselbe im folgenden Jahre — auf ca. $\frac{1}{3}$ des frühern Umfangs zusammengestrichen — in II. Auflage erscheinen. Beide Arbeiten wurden im Litteraturberichte unsrer Zeitschrift¹¹⁾ (Referent: v. Liszt) als verfehlt gekennzeichnet.

¹¹⁾ Bd. III S. 503; Bd. V S. 268.

Auch die jetzt vorliegende Schrift Sturms enthält meines Erachtens keine Förderung der behandelten Lehre. Außer in den Fällen der gesetzlichen oder vertragsmäßigen Pflicht zum Handeln hält Sturm die Unterlassung bei Kommissivdelikten nur dann für rechtswidrig und strafbar, „wenn jemand im besonders im Gesetz normierten Falle strafbar fahrlässig handelt und die Folgen seiner fahrlässigen Handlung, den Erfolg, dolose nicht hindert, obwohl er ihn hindern konnte“ (S. 43). Die weitergehende, herrschende Ansicht, wonach „unsre Handlungen insofern zu späterm Thun verpflichtet, als sich ohne dieses Thun aus jenen Handlungen schlimme Folgen entwickeln würden“, entbehrt der gesetzlichen Grundlage und ist deshalb zu verwerfen. „Da nun eine allgemeine Strafnorm nicht in dieser Hinsicht existiert, so kann die Pflichtwidrigkeit des Nichthandelns nur darin in diesen Fällen liegen, daß jemand eine Norm übertritt, welche Fahrlässigkeit bestraft, also strafrechtlich fahrlässig handelt, und dann dolose diese Handlung zu einem Erfolge benutzt (also einheitlich handelt), der vom Gesetz bedroht ist“ (S. 45). Also es gibt (abgesehen von den Fällen gesetzlicher oder vertragsmäßiger Pflicht) nur vorsätzliche, keine fahrlässigen Unterlassungsdelikte, und selbst die vorsätzliche Unterlassung wird strafbar erst auf Grund einer fahrlässigen strafbaren Handlung! Man kann dem Verfasser nur völlig zustimmen, wenn er S. 44 sagt: „Erschreckt mich doch beinahe die Kühnheit meiner eignen Behauptung, die Lösung dieser Kontroverse gegeben zu haben.“

12. Merkel, Dr. Rudolf. Die Kollision rechtmäßiger Interessen und die Schadenersatzpflicht bei rechtmäßigen Handlungen. Im Hinblick auf den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich in zweiter Lesung. Straßburg. Trübner. 1895. 237 S. 8.

In einer Einleitung (S. 1—13) weist der Verfasser darauf hin, wie wenig befriedigend die Regelung der Notstandslehre im Entwurf II des B.G.B. ausgefallen ist. Einen Beitrag zur Klärung der Ansichten auf diesem Gebiete will er mit seiner Arbeit liefern. Dieselbe enthält in ihrem ersten Teil (S. 14—101) „eine allgemeine Charakterisierung des Notstandes, eine Entwidlung der für seine Behandlung im Strafrecht und Zivilrecht maßgebenden Gesichtspunkte und die Abgrenzung der rechtmäßigen Notstandshandlung, welche diese Gesichtspunkte an die Hand geben. Anderweite Kollisionen rechtmäßiger Interessen sind zur Vergleichung herangezogen“. Der zweite Teil (S. 104—236) beschäftigt sich mit der Frage des Schadenersatzes bei derartigen Kollisionsfällen.

Notstand ist eine Kollision rechtmäßiger Interessen, deren Abwendung durch Verletzung des fremden Interesses „sich als eine gebotene darstellt, so daß diese Situation sich insofern als eine Zwangslage bezeichnen läßt“. Eine solche Nötigung zur Verletzung ist in doppelter Weise möglich. Einerseits mit Rücksicht auf die subjektive Bedeutung des gefährdeten Interesses für den Thäter, andererseits

mit Rücksicht auf seinen objektiven Wert für die Gesellschaft. Im erstern Falle kommt allein die Bedeutung des gefährdeten Interesses, im letztern dagegen dessen relativer Wert gegenüber dem kollidierenden Interesse in Betracht, („da die Werte, objektiv betrachtet, mögen sie in absoluter Beziehung auch die höchsten sein, wenn sie gleichartigen gegenüberstehen, gegeneinander aufzurechnen sind“). Der objektive Standpunkt ist also identisch mit demjenigen der Verhältnismäßigkeit (§. 14—20).

In den §§ 52, 54 R.Str.G.B. findet der Verfasser den subjektiven Standpunkt durchgeführt. Das Gesetz betrachtet als entscheidend „die Stärke der Motive, welche sich in der Gefahr des drohenden Übels begründen, verlangt eine subjektive Not, eine durch das drohende Übel bewirkte Beeinträchtigung der Entschließungsfreiheit des Bedrohten“. Dem Wert des gegenüberstehenden Interesses wird keine Beachtung geschenkt. Diese Regelung aber ist eine völlig unbefriedigende. Sie zwingt in zahlreichen Fällen zur Bestrafung, wo eine solche unserm Rechtsgefühl unbedingt widerstreitet; sie läßt anderseits zweifellos strafwürdige Fälle (Schuß gegen geringe Körperverletzung durch Tötung!) frei ausgehen. Deshalb das vielfach hervortretende (aber positiv rechtlich unhaltbare) Streben, in die §§ 52, 54 Str.G.B. den Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit hineinzuninterpretieren und dieselben analog auch auf andre Rechtsgüterkollisionen auszudehnen (§. 20—29).

Demgegenüber behauptet Merkel: Die §§ 52, 54 R.Str.G.B. erklären lediglich, wann eine rechtswidrige Notstandshandlung „um subjektiver Not willen entschuldigt“ und deshalb nicht bestraft werden soll. Ob aber eine Notstandshandlung objektiv rechtmäßig oder rechtswidrig ist, darüber sagen jene Paragraphen überhaupt nichts. Die Antwort auf diese Frage müssen wir uns aus anderweiten Rechtsquellen, insbesondere aus dem Zivilrecht holen (§. 29—39) und soweit danach Rechtmäßigkeit besteht, ist die Strafbarkeit selbstverständlich und ganz unabhängig von den §§ 52, 54 R.Str.G.B. ausgeschlossen. „Für das Zivilrecht und die in Betracht kommenden Teile des öffentlichen Rechts“ aber kann verständigerweise nur ein objektiver Maßstab, das Prinzip des überwiegenden Interesses, maßgebend sein, nicht die Rücksicht auf subjektive Zustände eines der Beteiligten. „Notstandshandlungen, durch welche ein höheres Interesse gerettet wird auf Kosten eines geringern, entsprechen dem Gesamtinteresse und ebenso den geltenden ethischen Wertanschauungen, die mit jenem Interesse harmonieren.“ Sie müssen daher auch rechtmäßig sein; denn „das Recht ist ein Organ jener Interessen und Wertanschauungen“. Bei Kollision gleichwertiger oder gar überwiegender Interessen dagegen liegt keinerlei Grund vor, die Verletzung zu gestatten. Doch kann die Handlung hier vom subjektiven Standpunkte aus, „weil sie menschlich war und keine übertriebenen Anforderungen an die menschliche Charakterfestigkeit gestellt werden dürfen“, eventuell „entschuldigt, die Strafe erlassen werden“. Unter diesem Ge-

sichtspunkt rechtfertigt sich denn die Beschränkung des R.Str.G.B. auf Leib und Leben des Täters oder eines Angehörigen, hier ist die Möglichkeit von Notwehr und strafbarer Teilnahme durchaus entsprechend. [Das Gesagte gilt aber nur für solche Kollisionsfälle, in welchen die Rettung des einen Interesses wirklich die Ursache der Verletzung des andern ist. Handelt es sich dagegen darum, „ob eines gerettet werden oder beide zu Grunde gehen sollen, dann ist es vom Standpunkt der Gesamtheit wünschenswert, daß wenigstens das eine erhalten bleibt“ und deshalb ist hier die Handlung rechtmäßig ohne Rücksicht auf ihre Verhältnismäßigkeit.] So S. 39—49.

In einer nunmehr folgenden Spezialuntersuchung (S. 49—62) führt Merkel aus, daß das Prinzip des überwiegenden Interesses „dem geltenden Rechte durchaus vertraut“ ist und seinen Ausdruck „in zahlreichen, verschiedenste Rechtsmaterien betreffenden Bestimmungen“ gefunden hat. Diese Bestimmungen sind nach Ansicht des Verfassers (S. 63—75) nicht „als bloße Singularitäten aufzufassen“, sondern „als Anwendung eines allgemeineren Rechtsgebantens, derart, daß eine analoge Anwendung“ derselben „als zulässig erscheint“. Bei der Unklarheit von Theorie und Praxis aber wäre eine gesetzliche Anerkennung des Prinzips allerdings dringend wünschenswert.

Eine solche Gesetzesvorschrift kann nicht alle einzelnen Fälle entscheiden, sondern nur den Charakter einer allgemeinen Anweisung tragen, welche dem richterlichen Ermessen notwendigerweise weiten Spielraum läßt. „Dadurch wird aber weder das Bestehen eines objektiven Maßstabes berührt . . . noch dessen Praktikabilität.“ Es kommt darauf an, ob das in der Notstandshandlung „sich aussprechende Werturteil des Einzelnen vom Richter als nach Lage des Falls in Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Werturteil stehend befunden und demgemäß bestätigt wird“. Eine Reihe hierfür maßgebender Gesichtspunkte werden des nähern besprochen (S. 75—90).

Seine Wünsche *de lege ferenda* gegenüber dem Entwurfe eines bürgerlichen Gesetzbuchs (S. 90—101) formuliert Merkel (S. 237) dahin: „Die Notstandshandlung ist, unter Voraussetzung eines in der sozialen Wertung überwiegenden Interesses, im bürgerlichen Gesetzbuch als rechtmäßig anzuerkennen. Analog sind andre Kollisionsfälle zu behandeln. Hinsichtlich der nicht rechtmäßigen, aber entschuldbaren Notstandshandlungen, für welche allein es einer strafgesetzlichen Bestimmung bedarf, ist unter Voraussetzung jener Anerkennung der § 54 Str.G.B. als zweckmäßig anzusehen.“

Ein eingehenderes Referat über den zweiten Teil der Merckelschen Schrift: „Die Schadenersatzpflicht bei rechtmäßigen Handlungen“ ist an dieser Stelle nicht möglich. Der Verfasser selbst faßt seine Anschauung (S. 237) in die Worte zusammen: „Die Rechtmäßigkeit einer Notstandshandlung steht nicht im Widerspruch mit einer Ersatzpflicht des im Notstand Handelnden. Vielmehr subsumiert sich letztere dem allgemeinen Gedanken, daß jeder den aus Bethätigung eigener Inter-

essen hervorgehenden Schaden selbst zu tragen hat. Dieser Gedanke stellt sich als eine Abzweigung des universellern Gedankens dar, daß derjenige für Schäden haften soll, in dessen Wirkungs- und Einflusssphäre sie wurzeln. Diese Gedanken sollen die Regeln für die gesetzliche Ordnung der Schadenstragung an die Hand geben, Regeln, deren Beschränkung besonderer Gründe bedarf."

Die vorstehende Arbeit ist meines Erachtens eine sehr tüchtige und beachtenswerte Leistung. Kritisch möchte ich mich hier auf eine Bemerkung beschränken: Soll das „Prinzip des überwiegenden Interesses“ (was auch ich für wünschenswert halte) gesetzlich fixiert werden, so muß dies unter allen Umständen auch im Strafgesetzbuch geschehen. Die Beschränkung der Kolisation auf das bürgerliche Recht, der Merkel das Wort redet, ist grundsätzlich und praktisch verfehlt. Grundsätzlich, weil das Strafrecht in diesem Punkte gegenüber dem Zivilrecht keinerlei subsidiäre Stellung einnimmt, beide Disziplinen sich vielmehr als gleichberechtigte Anwendungsgebiete für ein gemeinschaftliches höheres Prinzip darstellen; praktisch, weil es zahlreiche, nach jenem Prinzip rechtmäßige und deshalb straffreie Kollisionsfälle gibt, welche das zivilrechtliche Gebiet überhaupt nicht berühren, für welche es daher an der erforderlichen Gesetzesvorschrift einfach fehlen würde.

13. Baake, Leopold. Die Zulässigkeit der Notwehr gegenüber beleidigenden Äußerungen seitens des Geistlichen während des Gottesdienstes. Berlin, Heymann 1894. 57 S. 8.

Der Verfasser bekämpft die bekannte Auffassung des Reichsgerichts, welches durch Urteil vom 24. November 1890 (C. XXI, S. 168) Ehrennotwehr gegenüber beleidigenden Äußerungen des Geistlichen während des Gottesdienstes für zulässig erklärte.

Wie ich bereits an anderer Stelle¹²⁾ hervorhob, ist das Buch Baakes insofern zweifellos verfehlt, als es fast zur Hälfte (S. 8—34) dem Versuche gewidmet ist, den Notwehrparagrafen unsres R. St. G. B. restriktiv zu interpretieren. Nicht die in concreto erforderliche Verteidigung soll als Notwehr statthaft sein, wie unser Gesetz es klipp und klar ausspricht, sondern Baake meint (S. 32): „Enthält der Angriff augenscheinlich keinen absichtlichen und offenkundigen Angriff gegen die Rechtsordnung, so ist nur verhältnismäßige Verteidigung gestattet, d. h. es darf zwischen dem angegriffenen und dem verletzten Rechtsgute kein auffälliges Mißverhältnis bestehen.“

In einem zweiten Abschnitt (S. 34—42) führt Baake aus, daß „alle Äußerungen des Geistlichen, welche lediglich im Interesse der Religiosität geschehen, ohne persönlich oder sonst gehässig zu sein“, nicht nur straflos, sondern auch rechtmäßig seien. „Denn bei jeder Vereinigung, die gewisse Zwecke erreichen will, muß es den berufenen

¹²⁾ Juristisches Litteraturblatt, Jahrg. VI, S. 44.

Organen gestattet sein, diejenigen Mitglieder, welche ihre Pflicht nicht erfüllen oder dem zu erstrebenden Ziele entgegenhandeln, auf ihr pflichtwidriges Verhalten aufmerksam zu machen, mag immerhin darin eine Ehrenkränkung enthalten sein.“ Ich bin mit dieser Ansicht (nicht auch überall mit der Begründung des Verfassers) völlig einverstanden, glaube aber im Gegensatz zu Baake, daß die belämpfte Reichsgerichtsentscheidung denselben Standpunkt vertritt: Das Reichsgericht konstatiert, daß ein beleidigender Angriff auf die Ehre des Bürgermeisters vorlag und fährt fort: „Es waren, wie gleichfalls feststeht, weitere Beleidigungen zu erwarten und diesen sollte Halt geboten werden; die Angriffe des Geistlichen waren auch rechtswidrig.“ Die zweifellose Bedeutung dieses Satzes, welchen Baake einfach ignoriert, ist doch: Es gibt zwar Fälle, in denen an sich beleidigende Äußerungen des Geistlichen rechtmäßig sind¹³⁾; hier in concreto aber lag eine objektiv rechtswidrige Überschreitung der Grenzen erlaubter Kritik vor. Von diesem Standpunkte aus fährt das Reichsgericht erläuternd fort: „Die Rechtswidrigkeit ist überall gegeben, wo nicht der Angegriffene verpflichtet ist, den Angriff über sich ergehen zu lassen; wenn nun auch der Geistliche den Beruf hat, durch Belehrung, Ermahnung und Tadel auf Besserung hinzuwirken, so hat er doch nicht das Recht zu Ehrenkränkungen, und der Betroffene nicht die Pflicht, persönliche Beleidigungen hinzunehmen; der Takt des gebildeten Mannes wird die Grenzlinie hier leicht zu finden wissen.“ Im vorliegenden Zusammenhange können diese (gewiß nicht sonderlich korrekt gewählten) Worte meines Erachtens nur bedeuten, daß der Geistliche kein über den Rahmen der notwendigen Belehrung, Ermahnung beziehungsweise des Tadels hinausgehendes Recht zu Ehrenkränkungen (Beleidigungen) habe. Baake dagegen, welcher allein diese Sätze aus dem Zusammenhange der Entscheidung herausgreift, folgert daraus als Ansicht des Reichsgerichts: „Falls sich der Geistliche in Ausübung seines Berufes einer Äußerung bedient, die sich juristisch als Beleidigung qualifizieren läßt, so liegt ein rechtswidriger Angriff vor“¹⁴⁾.

Nur ein wirklich schwerwiegender Einwand läßt sich gegen die fragliche Reichsgerichtsentscheidung erheben: Die Abwehr der Beleidigungen des Geistlichen erzeugt eine Störung des Gottesdienstes und verletzt insoweit zugleich den religiösen Frieden der versammelten Ge-

¹³⁾ Nämme das Reichsgericht dies nicht an, welchen Sinn hätte es dann überhaupt, neben dem begrifflichen Vorhandensein der Beleidigung die Frage der objektiven Rechtswidrigkeit noch selbständig zu erörtern?

¹⁴⁾ So wörtlich in einem an weil. Prof. Dr. Merkel gerichteten Briefe vom 10. März 1894, in welchem der Verfasser sich gegen meine Besprechung seiner Arbeit im Juristischen Litteraturblatt mit dem ausdrücklichen Wunsche vermahnt, daß mir dadurch Veranlassung gegeben werde, „ein nicht gewöhnliches Versehen“ zu berichtigen, dessen ich mich als Referent „schuldig gemacht“. Ich stelle die Konstatierung, auf wessen Seite das Versehen lag, der Kritik der Fachgenossen anheim.

meinde. Gestattet die Notwehr neben der Verletzung des Angreifers auch eine solche dritter unbeteiligter Personen? Baule verneint diese Frage in einem letzten, kurzen Abschnitt seiner Arbeit (S. 42—53) und führt übereinstimmend mit der herrschenden Ansicht aus, daß der Gemeinde gegenüber nur Notstand — nicht Notwehr — gegeben sei. Diese Notstandshandlung aber sei strafbar, da sie — selbst wenn man Notstand bei Ehrverletzungen überhaupt anerkenne — jedenfalls das Maß des Verhältnismäßigen überschreite.

14. Tobler, Hans. Die Grenzgebiete zwischen Notstand und Notwehr. (Dissertation.) Zürich, Leemann 1894. 159 S. 8.

Wie Baule so ist auch Tobler durch die erwähnte Reichsgerichtsentcheidung (beziehungsweise deren Besprechung im Wachschen kriminalistischen Seminar zu Leipzig) zu seiner Arbeit angeregt worden.

Auf Grundlage der bisherigen wissenschaftlichen Literatur und unter Würdigung des deutschen R.St.G.B. sowie des schweizerischen Vorentwurfs entwickelt er zunächst seine Auffassungen über Umfang und rechtliche Bedeutung des Notstandes (S. 13—58) und der Notwehr (S. 58—79).

Notstand ist „diejenige Situation, in der ein Rechtsgut sich nur auf Kosten eines andern Rechtsgutes behaupten kann“ (S. 13). Soweit der Staat die Notstandshandlung straflos läßt, „nimmt“ er ihr „die Deliktqualität“ (S. 37), „betrachtet“ sie „als unverboden“ (S. 45), „ohne sie indes zu einer rechtmäßigen zu stempeln“ (S. 38). Der Grund der Straflosigkeit liegt darin, daß der Staat an dem Unterbleiben der betreffenden Handlung „kein Interesse hat“ (S. 45). In welchem Umfange danach die strafausschließende Wirkung des Notstandes anzuerkennen ist, darüber sind Meinungsverschiedenheiten möglich. Die Regelung im R.St.G.B. §§ 52, 54 hält der Verfasser (S. 17) für eine ausschließliche, so verlockend auch eine extensive Interpretation wäre. De lege ferenda wünscht er (S. 45) die Scheidung zweier Fälle: „Wenn zunächst nur ein Rechtsgut gefährdet war und sich dasselbe nun auf Kosten eines andern Rechtsgutes behauptet hat“, soll Straflosigkeit „nur dann eintreten, wenn ein bedeutender Mehrwert zu Gunsten des geretteten Rechtsgutes ins Gewicht fällt. Bedrohte dagegen gleichzeitig eine Gefahr beide kollidierenden Rechtsgüter, so muß, da der Staat vernünftigerweise doch nicht Opferung beider verlangen kann, schon dem gleichwertigen Rechtsgut die strafausschließende Bedeutung des Notstandes zu gute kommen“ (S. 45). Außerdem ist Zulassung der Notstandshandlung zu Gunsten Dritter wünschenswert.

Das Unterscheidungsmerkmal des Notstandes von der Notwehr liegt (S. 64) nicht in der Quelle der Gefahr — (denn ein rechtswidriger Angriff kann ebensowohl eine Notstands- wie eine Notwehrhandlung nach sich ziehen) —, sondern in der Richtung, welche die Handlung des Gefährdeten zur Abwendung der Gefahr

nimmt. Bei Richtung gegen den Angreifer, den Urheber der Gefahr, ist Notwehr, bei Richtung gegen Dritte Notstand gegeben. Zur Notwehr rechnet Tobler dabei nicht nur die Abwehr menschlicher oder tierischer Angriffe, sondern auch der durch Naturgewalt (z. B. Überschwemmung, Feuergefährdung usw.) erzeugten Gefahren. Die Notwehrhandlung ist rechtmäßig; sie ist auch dann erlaubt, wenn der Angegriffene ohne Gefährdung eigener Interessen dem Angriff hätte ausweichen können; und es ist endlich das allein richtige Prinzip, mit dem deutschen R. St. G. B. jede zur Abwehr des Angriffs in concreto erforderliche, nicht aber etwa nur die verhältnismäßige Verteidigung zu gestatten (§. 66—80).

In einem zweiten, besondern Teile seiner Arbeit führt der Verfasser zunächst (§. 97—102) aus, daß der rechtswidrige Angriff eine straflose Notstandshandlung dann herbeiführen könne, wenn Notwehr in concreto nicht möglich oder gesetzlich nicht gestattet war (die letztere Alternative ist mit Rücksicht auf den schweizerischen Vorentwurf von Bedeutung). Als „Aberrationsfälle“ betrachtet Tobler weiterhin (§. 102—117) diejenigen, in welchen Notwehr durch ausschließliche Verletzung des Angreifers möglich und beabsichtigt war, der Verteidiger aber dabei wider Willen einen Dritten verletzte. Derartige Verletzungen werden weder durch das Notwehrrecht gedeckt noch fallen sie unter den Begriff des Notstandes; es hat daher Bestrafung einzutreten, sofern im Einzelfalle Fahrlässigkeit vorlag. Anders, wenn eine Abwehr des Angriffs „nur möglich ist in Verbindung mit einer Verletzung dritter Rechtsgüter“. In diesen sogenannten „Konfurrenzfällen“, welche §. 117—158 eingehend erörtert werden, ist die Verletzung des unbeteiligten Dritten nach den Grundsätzen über Notstand zu beurteilen.

V. Schuld.

15. Weissenborn (Gerichtsassessor). Der unbestimmte, eventuelle Dolus. Gerichtssaal, Bd. 50, S. 195—223.

Das Schuldmoment im Vorsatz liegt — so führt der Verfasser aus — im Wollen; notwendige Voraussetzung des Wollens aber ist das Wissen. Der Vorsatz besteht demnach aus Wissen und Wollen. Dagegen ist „das angebliche Erfordernis des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit nur ein alter Topf, den zu beseitigen es höchste Zeit ist.“ (Eine sicherlich unzutreffende Kritik, mag man die Frage selbst in dem einen oder andern Sinne entscheiden.) „Das Wissen bedeutet beim Vorsatz nicht ein Überzeugtsein — scire —, sondern es genügt ein Fürmöglichhalten — cogitare“ (§. 198). „Ist ein Erfolg als das notwendigerweise eintretende Ergebnis der Handlung vorgestellt, so ist der Eintritt desselben auch gemollt.“ Anders bei der Vorstellung des Erfolges als eines bloß möglicherweise eintretenden. Glaubt hier der Thäter, „den möglichen Erfolg durch eignes Thun nicht abwenden zu können, so will er ihn“. Hält er ihn dagegen für vermeidlich, „so kann er denselben von seinem Willen ausschließen.“

Er muß dann aber seine Handlung dementsprechend einrichten. Selbstverständlich kann man einen Erfolg nicht vermeiden wollen, auf dessen Eintritt man bewußtermaßen keinen Einfluß hat. Das Wollen geht nicht über das Können hinaus" (S. 205). Diese Auffassung wird gegenüber abweichenden Ansichten verteidigt (wobei der Verfasser es mit der Widerlegung des Frank-v. Liszt'schen Standpunktes allzu leicht nimmt). Als besondere Arten des Wollens bezeichnet der Verfasser den alternativen und den eventuellen Vorfaß. Beide sind nach Weiffenborn's Terminologie nur möglich „bezüglich zweier als gegenseitig sich ausschließend vorgestellter Erfolge“. Dann liegt alternatives Wollen vor, wenn es „dem Handelnden mehr oder weniger gleichgültig ist, welcher der beiden Erfolge eintritt, während bei dem eventuellen Wollen der eine Erfolg nur für den Fall des Nichteintrittes des andern gewollt ist“. Treten in solchen Fällen beide Erfolge ein, so ist Bestrafung wegen vorsätzlicher Begehung doch nur hinsichtlich des einen, und zwar des schwerern, möglich. — Daß „die herrschende Ansicht den eventuellen Vorfaß nicht auf den Fall der gegenseitigen Ausschließung der Erfolge beschränkt“ und daß dies „insofern eine gewisse praktische Bedeutung hat, als der eventuelle Vorfaß dann das Grenzgebiet des Dolus gegenüber der Fahrlässigkeit bezeichnet“, wird (S. 216) richtig hervorgehoben. Den Schluß der Arbeit bilden kürzere Bemerkungen über „die unbestimmte, eventuelle Absicht“ und „besondere Anwendungsgebiete“ (Versuch, Teilnahme, Anstiftung, gemeingefährliche Delikte).

VI. Versuch.

16. Thomßen, Andreas (Privatdozent a. d. Univ. Kiel): Über den Versuch der durch eine Folge qualifizierten Delikte. Kiel und Leipzig. Lipsius & Tischer 1895. 202 S. 8.

In klarer und gründlicher (wenn auch teilweise wohl unnötig breiter) Darstellung entwickelt der Verfasser folgende Ansichten:

Mit der herrschenden Lehre (entgegen von Liszt) ist davon auszugehen, daß in den Fällen der bei Verursachung eines schwereren Erfolges qualifizierten Delikte (z. B. § 226 Str.G.B.) dieser Erfolg zum Thatbestande gehört, nicht lediglich Bedingung der Strafbarkeit ist (S. 22—24). Die Schuld des Thäters kann sich dann logisch zu dem betreffenden Erfolge in dreifacher Weise verhalten: er kann zufällig, fahrlässig und vorsätzlich verursacht sein. Daß die bloß zufällige (nicht schuldhafte) Verursachung für den Thatbestand des qualifizierten Delikts genügt, muß auf Grund des Wortlauts des Gesetzes in Übereinstimmung mit der gemeinen Meinung angenommen werden (S. 25—32); bei fahrlässiger Verursachung ist die erhöhte Strafbarkeit selbstverständlich und unbestritten (S. 33, 34). Sie ist aber, wie Thomßen im Gegensatz zu der bisher meist vertretenen Auffassung (S. 34—52) behauptet, auch bei vorsätzlicher Verursachung des schweren Erfolges gegeben. Logisch und nach dem

Wortlaute des Gesetzes liegt zum Ausschluß dieses Falles keinerlei Grund vor. Praktisch ferner führt der Ausschluß zu dem unerträglichen Ergebnis, daß gerade in den strafwürdigsten Fällen möglicherweise eine ganz unmotiviert milde Behandlung Platz griffe. So wäre z. B. die vorsätzliche (nicht überlegte) Tötung durch Wegnahme eines zur Sicherung der Schifffahrt bestimmten Feuerzeichens nur als Totschlag nach §§ 212, 213, die fahrlässige Tötung im gleichen Falle nach § 322 Str.G.B. (mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder lebenslänglichem Zuchthaus!) strafbar. Weitere Argumente entnimmt Thomsen den §§ 224, 225 Str.G.B. sowie der Geschichte einzelner anderer hierher gehöriger Bestimmungen. Auch zeigt er, daß seine Gegner an dem Ausschluß der vorsätzlichen Verursachung in einer Reihe einzelner Fälle selbst nicht unbedingt festhalten. — Ist aber vorsätzliche Verursachung bei den durch eine Folge qualifizierten Delikten strafbar, so liegt, wie Thomsen (S. 75—91) ausführt, strafbarer Versuch des qualifizierten Delikts vor, wenn der Vorsatz des Thäters auf Eintritt des schwereren Erfolges gerichtet war, der letztere jedoch ausblieb. Hat z. B. A durch die erfolgte Wegnahme eines zur Sicherung der Schifffahrt bestimmten Feuerzeichens den Tod des B verursachen wollen, (B aber ist gerettet worden) so läge Versuch nach § 322 Abs. 2 vor. Erst in Idealkonkurrenz damit wäre Versuch nach § 211, 212 Str.G.B. gegeben.

Anders wenn ein Versuch des einfachen Delikts (z. B. der vorsätzlichen Körperverletzung) den Eintritt des schwereren Erfolges (z. B. des Todes) herbeigeführt hat. Dann ist nach Thomsen das qualifizierte Delikt (Körperverletzung mit tödlichem Erfolge) vollendet, während hier die bisherige Literatur entweder überhaupt kein qualifiziertes Delikt anzunehmen oder dasselbe — wie von Liszt — als im Stadium des Versuches gegeben anzusehen pflegte. Der Gesetzgeber hat eben nach Ansicht unsres Autors das einfache Delikt als solches qualifiziert, gleichgültig in welcher strafbaren Erscheinungsform — Versuch oder Vollendung — dasselbe auftritt. In zwei Nebengesetzen (Kinderpestgesetz § 4 und Nahrungsmittelgesetz § 12) ist dieser Standpunkt zum zweifellosen Ausdruck gelangt. Er allein vermeidet überdies Inkonssequenzen und Schwierigkeiten, zu welchen man bei anderer Interpretation gelangt.

Ausgehend von diesen im ersten Teile seines Buches (S. 1—96) entwickelten Grundanschauungen gibt Thomsen in einem zweiten „besondern“ Teile (S. 97—197) eine ausführliche kommentarartige Darstellung aller einzelnen reichsrechtlichen Fälle des durch eine Folge qualifizierten Verbrechens, um so festzustellen, „ob und inwieweit die allgemeinen Regeln für jedes einzelne Delikt passen“.

17. Goldschmidt, James. Die Lehre vom unbeendigten und beendigten Versuch. (Berliner Dissertation.) Berlin 1895. 63 S. 8.

Eine klar und frisch geschriebene Arbeit über ein engbegrenztes Thema ist es, welche der Verfasser der Öffentlichkeit vorlegt. Der

erste Teil (S. 9—40) verfolgt in interessanter Weise den Begriff des beendeten Versuchs in seiner geschichtlichen Entwicklung von Menochius († 1607) ab durch die deutsche, italienische und französische Wissenschaft und zeigt den Einfluß dieser Entwicklung auf die deutsche Partikulargesetzgebung seit dem Preussischen Allgemeinen Landrecht. Der „Reichsgesetzgebung und neuesten Doktrin“ ist ein zweiter Abschnitt (S. 41—52) gewidmet. Seine eigne Auffassung vertritt der Verfasser (S. 53—63) dahin, daß eine von dem Streite der verschiedenen Versuchstheorien unabhängige Scheidung des beendigten und unbeendigten Versuchs formell möglich und sachlich begründet sei. Beendigt Versuch ist „beendigte Ausführungsthätigkeit“, — so wird nach Voranschickung einer ausführlichen Definition (S. 55) im Anschlusse an Berner (S. 60) formuliert. Der sachliche Unterschied gegenüber dem nicht beendeten Versuch liegt in dem qualitativ größern Maße objektiver Gefährlichkeit (S. 54). Beim nicht beendeten Versuche genügt bloße Passivität des Handelnden (Rücktritt) zur sichern Abwendung des Erfolges; beim beendeten Versuch dagegen bedarf es eines aktiven Eingreifens des Thäters (beendigt Versuch im engeren Sinne) oder des Eintritts sonstiger, von seinem Willen unabhängiger Umstände (fehlgeschlagenes Delikt), um die Vollendung des Verbrechens zu verhüten. Die praktische Würdigung dieses Unterschiedes allerdings darf bei der Weite unserer Strafrahmen der Strafzumessung überlassen bleiben.

18. Mau. (Amtsgerichtsrat zu Weßlar) bringt unter dem Titel „Der Irrtum in der Lehre vom Versuch“ in Goltammer's Archiv (Bd. 42, S. 229—233) einige kurze kritische Bemerkungen über Ansichten von Mittelstädt, Rohler, Geyer, Kroschel und Havenstein.

VII. Teilnahme.

19. Helmer, P. A. Über den Begriff der fahrlässigen Thäterschaft. (Straßburger Dissertation.) Straßburger Druckeri und Verlagsanstalt 1895. 65 S. 8.

Zweck der Arbeit ist eine Bekämpfung der heute herrschenden Ansicht, daß bei fahrlässigem Zusammenwirken mehrerer Personen jeder, welcher schuldhaft den Erfolg mit verursacht hat, als Thäter verantwortlich sei. Im Gegensatz dazu will der Verfasser auch in den genannten Fällen eine Unterscheidung zwischen Thäterschafts- und Beihilfehandlungen¹⁵⁾ durchführen und behauptet die Straflosigkeit der letztern nach positivem Rechte.

Für die prinzipielle Trennung von Thäterschaft und Beihilfe verwertet Helmer die Kriesche Theorie der adäquaten Verursachung:

¹⁵⁾ Anstiftungshandlungen sind nach Helmer (S. 41 Anmerkung 1) nur „besondere Arten von Beihilfehandlungen, nämlich solche, welche in psychologischer Einwirkung auf den Willen des Thäters bestehen“.

Nur der Thäter verurache den Erfolg in adäquater Weise, für den Gehilfen dagegen sei das Setzen von Bedingungen charakteristisch, „denen zwar eine generelle Bedeutung hinsichtlich des Erfolges zukommt¹⁶⁾, deren Beziehung zu demselben aber nicht das Maß völliger Adäquanz erreicht“ (S. 39). Eine solche Unterscheidung der Bedingungen nach ihrer mehr oder weniger allgemeinen Bedeutung für den Erfolg bedarf naturgemäß eines praktisch sichern Abgrenzungsmerkmals. Verf. findet dasselbe in der Bezugnahme auf den gesetzlichen Thatbestand der einzelnen Delikte, für dessen Interpretation der gewöhnliche Sprachgebrauch maßgebend sei. Adäquate Verurachung (also Thäterschaft) sei nur vorhanden bei Begehung von Ausführungshandlungen. „Der Thäterschaft stehen gegenüber Vorbereitungshandlungen von seiten des Thäters und Beihilfehandlungen von seiten Dritter“. (S. 41.) Im Resultat ist Helmer damit also, ohne daß dies in der Arbeit hervorgehoben würde, auf dem Boden der bekannten, objektiven Teilnahmetheorie angelangt.

Die vorstehende Trennung von Thäterschaft und Beihilfe ist von der Art des Verschuldens der Beteiligten unabhängig, muß daher auch bei fahrlässigem Zusammenwirken mehrerer Personen zur Anwendung gelangen. Und da in diesen Fällen die Strafbarkeit der Beihilfe positivrechtlich nicht vorgeschrieben ist, so entfällt dieselbe eben. Dieses Ergebnis ist auch sachlich begründet. Denn der Gesetzgeber betrachtet „durchweg die Beihilfe im Gegensatz zur Thäterschaft als die leichtere Rechtsverletzung, ebenso die fahrlässige Begehung einer Straftat im Gegensatz zur vorsätzlichen. Beide Momente kommen bei der fahrlässigen Beihilfe zusammen in Betracht“ und bewirken deren Straflosigkeit (S. 48).

Überall, wo jemand in nicht adäquater Weise den Erfolg veruracht hat¹⁷⁾, spricht Helmer von einer „Unterbrechung des Kausalzusammenhanges“, welche durch das Eintreten der adäquaten Ursache zwischen die betreffende Handlung und den Erfolg bewirkt werde. Konsequent ist dabei die Behauptung (S. 55/56), daß im Falle fahrlässiger Thätigkeit des Verletzten dritte Personen, welche vorher fahrlässig Bedingungen für den Eintritt des Erfolges gesetzt haben, straffrei bleiben müssen. Denn ihre Thätigkeit muß dem Verfasser ja als fahrlässige Beihilfehandlung erscheinen. Gerade deshalb aber ist es andererseits durchaus unverständlich, wie Helmer bei fahrlässigem Zusammenwirken dritter Personen (S. 57 ff.) anders entscheidet und jeden Mitwirkenden als fahrlässigen Thäter verantwortlich machen kann, anstatt die Verantwortlichkeit auch hier auf den beziehungsweise diejenigen zu beschränken, welche Ausführungs- im Gegensatz zu Vorbereitungshandlungen begingen. Die früher behauptete Trennung

¹⁶⁾ Die also nicht etwa als ausnahmsweise Bedingungsverhältnisse aus dem Gebiet des Strafbaren ausscheiden.

¹⁷⁾ Also sowohl bei ausnahmsweisen Bedingungsverhältnissen als bei Begehung von Vorbereitungsz. bezw. Beihilfehandlungen.

zwischen Thäterschaft und Beihilfe ist damit einfach wieder preisgegeben.

Hier wie an andern Stellen wäre der Darstellung des Verfassers größere Klarheit zu wünschen gewesen¹⁸⁾. Beachtenswert bleibt trotzdem sein Versuch, die Theorie der adäquaten Verursachung zur Erklärung der Trennung von Ausführungs- und Vorbereitungshandlungen heranzuziehen. Bei der Beweisführung für die Straflosigkeit fahrlässiger Beihilfe ist jede Prüfung und Würdigung der Entwicklungsgeschichte unseres heutigen Rechts zu vermissen.

20. Binz, W. (Dr. iur., Referendar): Die Teilnahme bei fahrlässig begangenen Handlungen. Berlin 1895. 44 S. 8.

Der erste Abschnitt der Arbeit (S. 1—19) vertritt die Ansicht, daß § 47 R.Str.G.B. nicht nur die vorsätzliche, sondern auch die fahrlässige Mithäterschaft sowie diejenigen Fälle umfasse, in welchen ein Teil der Thäter vorsätzlich, ein anderer Teil fahrlässig handelte. — Unter den Begriff der Anstiftung des § 48 Str.G.B. ferner will der Verfasser (in gründlichster Verkennung des Vorsatzbegriffes) auch diejenigen Fälle subsumieren, in welchen der Anstifter den Thäter vorsätzlich zur Vornahme einer Handlung (Körperbewegung) bestimmt, welche zufolge der Fahrlässigkeit, also wider Willen beider einen strafbaren Erfolg herbeiführt. Das nennt Binz „vorsätzliche Anstiftung zu fahrlässigen Handlungen“! Vergl. S. 19—33.) Derselbe Fehler wiederholt sich bei Behandlung der Beihilfe S. 38—41. Auf S. 34—38 und 41/42 wird die Straflosigkeit fahrlässiger Anstiftung beziehungsweise Beihilfe nach geltendem Rechte betont und behauptet, daß solche fahrlässige Teilnahme auch zu fahrlässigen Handlungen möglich sei.

21. Ein kurzer Aufsatz von Dr. iur. Tjaden in Goldammer's Archiv (Bd. 42, S. 218—229) behandelt „Die Unterscheidung zwischen Urheberchaft und Beihilfe“. Wer die Ausführungshandlung mit begeht, ist nach Tjaden stets Urheber, da er notwendigerweise den *animus auctoris* (in dem Sinne des selbständigen Willens, die That als eigne zu begehen) besitzt. Bei Begehung anderer Handlungen (d. h. beim Setzen bloßer Bedingungen im Gegensatz zur Ursache) liegt je nach dem *animus adiutoris* oder *auctoris* Beihilfe oder Urheberchaft vor. Wenn Tjaden dabei die letztern Fälle „unvollkommene Miturheberchaft“ nennt, so bereichert er damit

¹⁸⁾ Diese Klarheit fehlt den Ausführungen des Buches bisweilen in so hohem Maße, daß selbst der gewissenhafteste Referent mit der Möglichkeit von Mißverständnissen rechnen muß. Es könnte insbesondere sein, daß der Verfasser die Worte Ausführungs- und Vorbereitungshandlung nicht in dem Sinne der objektiven Teilnahmetheorie verstanden wissen will. Dann freilich würde eine praktisch brauchbare Abgrenzung zwischen Thäterschaft und Beihilfe überhaupt fehlen, es bliebe der fließende Unterschied der mehr oder minder adäquaten Verursachung. Denn daß der Hinweis auf den „allgemeinen Sprachgebrauch“ (S. 31) für sich keine sichere Abgrenzung ergibt, dürfte einleuchten.

nur die juristische Terminologie um einen überflüssigen und wenig bezeichnenden Ausdruck.

22. Siegel, Carl: Verwechslungsfälle bei Anstiftung. (Göttinger Dissertation). Göttingen, Dietrich 1895. 52 S. 8.

Den Ausgangspunkt der Arbeit bildet der bekannte Mordfall Rose = Rosal (bei welchem Rosal den Rose zur Ermordung des Schliebe anstiftete, Rose aber infolge einer Verwechslung statt des Schliebe den Harnisch erschoss). Siegel konstatiert zunächst in Übereinstimmung mit der herrschenden und zweifellos richtigen Ansicht, daß Rose als vorsätzlicher Thäter des Mordes schuldig sei (S. 5—13); sodann geht er auf sein eigentliches Thema, die Verantwortlichkeit des Anstifters bei solcher Verwechslung, über: Eine interessante geschichtliche Erörterung zeigt, daß diese Frage bereits von Tiberius Decianus († 1581) und Prosper Farinacius († 1613) aufgeworfen wurde, später aus den theoretischen wie kasuistischen Besprechungen verschwand, bis sie von den ältern Strafgesetzbüchern unsres Jahrhunderts teilweise (wenn auch nicht expressis verbis) aufgenommen, dann aber wiederum seit dem Preussischen Str.G.B. von 1851 der wissenschaftlichen Entscheidung überlassen wurde (S. 13—18). Demgemäß gibt der Verfasser weiter eine kritische Übersicht über die bisherigen wissenschaftlichen Ansichten (S. 18—31). Seinen eignen Standpunkt entwickelt er an sieben, geschickt variierten praktischen Beispielen von Verwechslungen (S. 31—43). Im Fall Rose = Rosal nimmt er vorsätzliche Anstiftung zum Morde an. Denn solange der Thäter „sich schlecht und recht, nach seiner Einsicht und seinen Kräften in dem vom Anstifter gezogenen Geleise bewegt, solange sind seine Handlungen die des Anstifters und demgemäß auch seine Irrtümer“. (S. 40.) Hätte deshalb Rose nach Ermordung des Harnisch seinen Irrtum erkannt und daraufhin auch noch Schliebe getötet, so wäre Rosal der Anstiftung zu beiden Morden (in realer Konkurrenz) schuldig. Den Schluß der Arbeit bildet eine Betrachtung ausländischer Gesetzgebungen (S. 43—50) und der gegenüber unsrem R.Str.G.B. geäußerte Wunsch, daß die Teilnahmenatur der Anstiftung für die Zukunft beseitigt und derselbe wieder als intellektuelle Urheberchaft behandelt werde.

VIII. Konkurrenz.

23. Wachenfeld, Professor Dr. Friedr. Theorie der Verbrechenskonkurrenz. Berlin, Carl Heymann 1893. VIII und 136 S. 8.

Nicht eine Entscheidung aller einzelnen Streitfragen, sondern eine Gesamtdarstellung der die Lehre von der Verbrechenskonkurrenz beherrschenden Grundprinzipien will der Verfasser liefern. Zu diesem Zwecke beschäftigt er sich nach einer kurzen geschichtlichen Einleitung (S. 1—13) zunächst eingehend mit dem Handlungsbegriff (Abshn. I, S. 14—51): Handlung ist (vergl. insbesondre S. 26) die Thätigkeit (gewollte Körperbewegung) mit ihrer Wirkung (Veränderungen der Außen-

welt) bis zum Erfolg einschließlich (aber ohne Rücksicht darauf, ob dessen Herbeiführung auf Schuld beruht). Verbrechen ist die schuldhafteste Handlung. Die „Thätigkeit“ kann aus einer einzigen oder aus einer Mehrheit gewollter Körperbewegungen bestehen; die Gesamtheit aller zur Herbeiführung eines Erfolges nötigen Körperbewegungen erscheint als einheitliche Thätigkeit. Wie am Anfang einer Handlung eine Mehrheit von Körperbewegungen, so ist am Ende derselben eine Mehrheit von Erfolgen möglich, sei es, daß dem Erfolg am Schluß der Kausalkette eine andre rechtlich relevante Wirkung vorhergeht (z. B. der das Schaufenster zerschmetternde Steinwurf beschädigt eine im Innern befindliche Sache), sei es daß die Kausalkette sich in irgend einem Punkte spaltet (Verletzung mehrerer Personen durch Explosion einer Bombe, Beleidigung mehrerer durch ein Wort usw.). Auch in diesen Fällen liegt (wegen Einheit der Thätigkeit) nur eine einzige Handlung vor. — Die vorstehend entwickelten Grundsätze gelten, wie Wachenfeld näher ausführt, in gleicher Weise für die versuchte Handlung und für die Unterlassung (deren Kausalität in der „Übernahme der Herrschaft über die Kausalkette“ liegen soll, mag diese Übernahme „bewußt oder unbewußt, durch willkürliches Zutun oder ohne dasselbe“ erfolgen.)

Von diesem Handlungsbegriff ausgehend erörtert Wachenfeld zunächst „die Verbrechenmehrheit bei Handlungseinheit“ (Abschn. II. S. 52—83). Läßt eine Handlung sich unter mehrere Strafgesetze subsumieren, so spricht die gemeine Meinung von „Gesetzeskonkurrenz“. Diese Bezeichnung ist aber dann unzutreffend (§ 73 R.Str.G.B. also unanwendbar), wenn die betr. Gesetze sich von vornherein inhaltlich bis auf eins ausschließen. Denn eine „Konkurrenz“ liegt in diesen (S. 53—55 näher angegebenen) Fällen gar nicht vor. Anders bei der sog. Idealkonkurrenz. Hier nimmt die herrschende Meinung um der Mehrheit der verletzten Gesetze willen auch eine Mehrheit der Verbrechen an und kommt erst „auf dem Umwege der künstlich konstruierten Absorption der übrigen Delikte“ zu einer einzigen Strafe. Für Wachenfeld dagegen rechtfertigt sich dies Resultat aus der Erwägung (S. 57—63), daß eine einzige Handlung auch nur ein Verbrechen ist. Dem entspricht die Fassung des § 73 R.Str.G.B. sowie eine Anzahl der frühern deutschen und der ausländischen Gesetzgebungen (S. 63—70); die gegenteiligen Ansichten Bindings und v. Baris werden zurückgewiesen (S. 70—74) und § 73 Str.G.B. nach den Anschauungen des Verf. dogmatisch interpretiert (S. 74—83).

Der folgende Abschnitt (III, S. 84—120) handelt von „Verbrechenseinheit bei Handlungsmehrheit“. Hier wird zunächst die „gesetzliche Einheit“ näher besprochen, d. h. diejenigen Fälle, in welchen das Gesetz „mehrere, von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende getrennte, an sich selbständige strafbare Handlungen“ zu einem einzigen Verbrechen zusammenfaßt. Wachenfeld stellt (S. 84—94) vier Gruppen solcher Fälle fest, unter ihnen das zusammengesetzte Verbrechen und das Kollektivdelikt (welch letzteres jedoch keineswegs immer

eine Mehrheit von Handlungen voraussetze). Es folgt die Lehre vom fortgesetzten Verbrechen (S. 94—118): Wachenfeld nimmt die Existenz desselben nach positivem Rechte an und betrachtet als das entscheidende Kriterium, durch welches die Mehrheit strafbarer Handlungen vereinigt wird, die Einheitlichkeit des Erfolges (da die „mehreren natürlichen Wirkungen“ „nur eine rechtliche Qualität besitzen“). „Was die verschiedenen Handlungen zusammenschließt, ist nicht das Bewirken mehrerer gleicher Erfolge, sondern das, daß sie alle zusammen nur einen einzigen herbeiführen“ (S. 94—107). Dieser Begriff des fortgesetzten Verbrechens wird sodann auf eine Reihe einzelner Delikte angewandt (S. 107—118). Besonderer Strafbestimmungen für die gesetzliche Einheit und das fortgesetzte Delikt bedarf es nicht; denn es ist hier von vornherein klar, welches Strafgesetz anzuwenden und daß innerhalb seines Rahmens nur eine, das gesamte Verhalten treffende Strafe auszumessen ist (S. 119, 120).

Als letzter Abschnitt (IV.), „Die Verbrechensmehrheit bei Handlungsmehrheit“ (S. 121—131), folgt eine kurze Erörterung der sog. Realkonkurrenz. Der Begriff derselben wird bestimmt („Mehrheit noch nicht erlebiger Verbrechen, welche sämtlich vor der Aburteilung eines derselben begangen sind“) und das heutige gesetzliche System der Bildung einer Gesamtstrafe gebilligt.

De lege ferenda führt Wachenfeld in einer Schlußbetrachtung (S. 132—136) aus, daß die Vorschriften unsres Str.G.B. im ganzen wohl gelungen seien. Erwünscht erscheint ihm namentlich eine Zusatzbestimmung zu § 73 R.Str.G.B., welche die Anwendung von Nebenstrafen des mildern Gesetzes gestattet, ferner die Ausdehnung des § 74 auf Übertretungen und die Bildung der Gesamtstrafe „beim Zusammentreffen aller Arten zeitiger Freiheitsstrafen und beim Zusammentreffen von Geldstrafen mit Geld- und andern Strafen“. Die Todes- und die lebenslängliche Freiheitsstrafe will Wachenfeld ohne weiteres, sobald sie mit andern zusammentrifft, als Gesamtstrafe verhängt wissen.

IX. Verjährung.

24. Bühler, Gottfried, Die Verjährung im Strafrecht mit besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Strafgesetze (Dissertation). Bern, Goepper (in Komm.) 1893. 82 S. 8.

Die kleine Schrift skizziert zunächst die geschichtliche Entwicklung der Verjährung (S. 7—31), erörtert sodann kurz den Rechtsgrund des Instituts (S. 32—39) und bespricht weiterhin die Verjährungsfristen (S. 40—64), die Unterbrechung (S. 64—76) und die Wirkungen (S. 76—82) der Verjährung. Die Darstellung der Schweizer Gesetzgebung steht im Vordergrund, die Berücksichtigung der deutschen Literatur ist lückenhaft. Als Grund der Verjährung betrachtet Bühler (S. 37) die das Vergeltungs- und Schutzbedürfnis tilgende Macht der Zeit. Nach Ablauf längerer Zeit erscheint die Strafe „weder als Akt der Gerechtigkeit, noch als Akt der Abwehr gegen die

Bedrohung der Rechtsgüter und kann, statt das beleidigte Rechtsgefühl zu versöhnen und das Gefühl der Sicherheit herzustellen, nur widrige Eindrücke hervorrufen. . . . Bedeutung resp. Bedürfnis und Zweck der Bestrafung sind also . . . dahingefallen“. Erst in zweiter Linie kommt als Grund der Verfolgungsverjährung außerdem die Beweisvergänglichkeit in Betracht. „Die Verjährung in ihren beiden Gestalten ist also Strafaufhebungsgrund und hat im materiellen Strafrecht Platz zu nehmen.“

Die Auffassung Böhlers stimmt, wie man sieht, wesentlich mit den von Liszt, Merkel und andern vertretenen Ansichten überein.

X. Strafe.

25. Günther, Dr. L., Die Idee der Wiedervergeltung in der Geschichte und Philosophie des Strafrechts. Abtheilung III. Erste Hälfte. Erlangen, Blasing 1895. XXXVIII und 648 S. 8.

Die beiden frühern Abtheilungen des Werkes sind in meinem Literaturbericht Z XIV 92 zur Besprechung gelangt. Dort wurde auch angegeben, was der Verfasser unter „Idee der Wiedervergeltung“ versteht und wie sich danach für ihn das Thema seiner Darstellung begrenzt.

Der vorliegende umfangreiche Band setzt jene bis in das vorige Jahrhundert reichende Darstellung fort. Er behandelt „die Strafgesetzgebung Deutschlands seit der Mitte des XVIII. Jahrhunderts bis zur Gegenwart mit vergleichender Berücksichtigung der Gesetzgebung der übrigen europäischen und einiger außereuropäischen Staaten“. Nach dem ursprünglichen Plane des Verfassers sollte gleichzeitig auch das letzte, jetzt noch fehlende Kapitel des Werkes über die neuern rechtsphilosophischen Erörterungen der Vergeltungsidee von Kant bis auf die Gegenwart erscheinen; das Anschwellen des Stoffes aber zwang zur Teilung.

Daß in dem vorliegenden Bande über das Deutsche Reich hinausgegriffen und auf internationaler Grundlage die Gesetzesgestaltung geprüft wurde, war sicherlich berechtigt. Wenn dem Verfasser dabei die Berücksichtigung der außereuropäischen Rechte nicht „in annähernder Vollständigkeit“ möglich war, so wird ihm daraus niemand einen Vorwurf machen, welcher die Schwierigkeiten rechtsvergleichender Arbeit kennt. Man wird im Gegenteil die ungewöhnliche Arbeitskraft des Verfassers nur bewundern dürfen, welchem die Beibringung eines ganz gewaltigen Materials mit den beschränkten Hilfsmitteln gelang, wie eine kleine Universität sie zu bieten vermag.

26. Borberg, A., Die Einziehung der Produkte und Werkzeuge eines Delikts, ohne Unterscheidung, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. (Rostocker Dissertation.) Rostock, Univ.-Druckerei 1895. 125 S. 8.

Die fleißige, auf gründlicher Materialsammlung beruhende Arbeit verwertet den Detterschen Begriff der Tätergarantenhaftung zur Er-

Klärung der unterschiedslosen Einziehung der *instrumenta et producta sceleris*.

Ein erster Abschnitt, „Die Einziehung im allgemeinen“ (§. 1—17) behandelt die §§ 40—42 R.St.G.B. Die Einziehung beziehungsweise Unbrauchbarmachung der §§ 40, 41 St.G.B. sind nach Vorberg Nebenstrafen, während wir es im § 42 mit einer bloßen Polizeimaßregel zu thun haben.

Sein eigentliches Thema, die Einziehung ohne Unterschied ob die Objekte dem Verurteilten gehören oder nicht (unterschiedslose Einziehung) eröffnet der Verfasser mit einem Nachweis der reichsrechtlich vorhandenen Fälle (§. 18—24). Daß diese Fälle „auf präventiven Tendenzen mitaufgebaut“ sind, verkennet Vorberg nicht. Aber diese Tendenzen haben bei unserm Institut „keineswegs die Alleinherrschaft“. „Wenn ein Thäter oder Teilnehmer am Delikte von der unterschiedslosen Einziehung betroffen wird, so sind alle Kriterien des Strafbegriffes gegeben“, die Konfiskation ist Nebenstrafe. Gehört dagegen die Sache einem unbeteiligten Dritten, so haftet dieser als krimineller Garant. „Der Eigentümer mag seine zur Begehung eines Delikts geeigneten Sachen so hüten und verwahren, daß nicht andre sich ihrer bemächtigen und Delikte damit verüben können“, andernfalls muß er die üblen Folgen tragen; das ist der Gedankengang des Gesetzgebers. Und zwar handelt es sich hier um sogenannte formelle Garantie, d. h. um eine Haftung des Eigentümers, welche ohne Rücksicht auf ein etwaiges Verschulden desselben eintritt. Ob die Einziehung den Eigentümer im einzelnen Falle als Thäter des Delikts oder als Garant trifft, das interessiert den Gesetzgeber nicht und bedarf keiner ausdrücklichen urteilsmäßigen Feststellung. Er haftet alternativ als Thäter oder Garant, als „Thätergarant“, wie der Verfasser mit Detker sagt. Zivilrechtliche Analogieen (§. 39—43) und eine Reihe einzelner Quellenstellen (§. 44—52) werden zur Unterstützung dieses Standpunkts herangezogen.

In kommentarartiger Genauigkeit gibt Vorberg weiterhin eine dogmatische Besprechung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen: Der Kreis der *confiscanda* (§. 53—75), die Beziehung derselben zum Begriff der *instrumenta et producta sceleris* (§. 76—86), die Einziehungsfälle in ihrem Verhältnis zur Thätergarantenschaft (§. 87 bis 90), das Verhältnis der unterschiedslosen Einziehung zu § 42 St.G.B. (§. 91—95), die obligatorische und fakultative Einziehung (§. 96, 97), die Konfiskationsverwandlung (§. 98—101), endlich die Art der strafbaren Handlung, bei welcher Einziehung statthaft ist (§. 102—105), werden hier erörtert. — Zivilrechtlich vertritt der Verfasser, anschließend an Detker, den Standpunkt, daß der Eigentumsübergang auf den Staat bei der Einziehung mit der Rechtskraft des Einziehungsurteils und zwar *ex tunc*, eintrete (§. 106—117).

Nach Erörterung des Prozeßverfahrens (§. 117—124) äußert der Verfasser sich schließlich *de lege ferenda*: Die unterschieds-

lose Einziehung ist nach seiner Ansicht nicht zu billigen; denn sie widerspricht dem Grundsatz, daß Strafe nur den Schuldigen treffen darf. Für die Zukunft ist womöglich grundsätzliche Beschränkung der Einziehung auf die dem Verurteilten gehörigen Gegenstände zu verlangen; eine Haftung des dritten Eigentümers dagegen sollte höchstens dann eintreten, wenn dieser schuldhafterweise nicht gehindert hätte, daß seine Sachen zu verbrecherischen Zwecken mißbraucht wurden.

27. Haimann, Julius, Die rechtliche Natur der subsidiären Vertretungsverbindlichkeit dritter Personen nach den Zoll- und Steuergesetzen des Deutschen Reichs. München, Schweizer 1892. IV und 56 S. 8.

Nach einer Zusammenstellung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen und einer Übersicht über den Stand der Ansichten in Theorie und Praxis betrachtet der Verfasser (S. 19—27) zunächst die geschichtliche Entwicklung unsres Instituts. Sein Ergebnis lautet, daß in demselben „der strafrechtliche Kern von jeher enthalten“ war, allmählich „immer mehr bloßgelegt“ und „durch unsre neuen Zoll- und Steuergesetze von seiner zivilrechtlichen Schale vollständig befreit wurde“. Dem öffentlichen Rechte gehört die subsidiäre Haftbarkeit deshalb an, weil der Anspruch darauf „dem Staate kraft seiner Finanzgewalt, kraft seiner Strafgewalt“ zusteht. Das strafrechtliche Verschulden des Haftbaren besteht in dem Nichtgeltendmachen seiner Autorität und Aufsicht; Strafmittel ist die Auferlegung der subsidiären Haftung selbst. Für den Strafcharakter spricht auch die gesetzliche Stellung der betreffenden Vorschriften in der Abteilung „Strafbestimmungen“, während die dagegen erhobenen Bedenken, wie der Verfasser näher ausführt, nicht durchschlagend erscheinen. Der letzte Abschnitt der Arbeit zieht aus der strafrechtlichen Natur der subsidiären Vertretungsverbindlichkeit eine Reihe praktischer Folgerungen. De lege ferenda meint Haimann, die subsidiäre Haftbarkeit Dritter werde „für den Kriminalisten ein Sorgenkind bleiben, wenn der Gesetzgeber sich nicht entschließt, einige unwesentliche (?) Bestimmungen, ohne an den schon aus Finanzzwecken unentbehrlichen Grundlagen zu rütteln, zu ändern“. Und zwar wünscht der Verfasser zunächst Beseitigung des „Zwitterbegriffs der culpa in eligendo“ und Ersetzung desselben „durch das Erfordernis der Fahrlässigkeit im Sinne des R.St.G.B.“; sodann empfiehlt er Vollstreckung der subsidiären Freiheitsstrafe an dem primär Schuldigen auch dann, wenn die Geldstrafe von dem haftenden Dritten eingezogen wird.

XI. Preßrecht.

28. Grüttesien, Ernst (Redakteur des Berliner Tageblatts), Die Thäterschaft des verantwortlichen Redakteurs. (Hallenser Dissertation.) Berlin, Liebmann 1895. 75 S. 8.

Die Arbeit enthält eine gewandt geschriebene kritische Darstellung der bisherigen Ansichten über die Haftung des verantwortlichen Re-

dauteurs, welche in ihrer Kürze und Klarheit entschieden dankenswert ist; für verfehlt halte ich das positivrechtliche Schlussergebnis des Verfassers.

„Das Verhältnis des § 20 Abs. 2 zum Abs. 1 des Reichspressgesetzes,“ — so faßt Grüttesien seine Ausführungen (§. 69 ff.) zusammen — „ist die entscheidende Frage für unser Pressrecht. Es läßt sich aus dem Wortlaut leider nicht unzweideutig entnehmen. Aus der Vorgeschichte ergibt sich, daß hier ein Kompromiß zwischen den Anhängern der Anwendung des gemeinen Strafrechts auf die Presse und den Vertretern eines Sonderstrafrechts für die Presse vorliegt. Alles übrige ist Kontroverse.“

Die ältere bis zur Plenarentscheidung des Reichsgerichts vom 6. Juni 1891 herrschende Ansicht erblickte (mit verschiedener Begründung) im Abs. 2 des § 20 eine materielle Einschränkung des Abs. 1. Nur durch qualitativ besondere (außerordentliche, unverschuldete) Umstände wird danach die Annahme der Thäterschaft ausgeschlossen. „Diese Ansicht verwickelt sich in einen unlösbaren Widerspruch mit dem § 21 des Gesetzes. Da die Annahme der Thäterschaft nur bei Schuldlosigkeit ausgeschlossen ist, wird der Redakteur auch bei Fahrlässigkeit als Thäter bestraft. Für die Fahrlässigkeitsstrafen des § 21, als des mildern Gesetzes, bliebe also nach den allgemeinen Grundsätzen über Idealkonkurrenz (§ 73 R.St.G.B.) kein Raum mehr.“ „Die jüngere Richtung, der sich das Reichsgericht seit der Plenarentscheidung von 1891 angeschlossen hat, erblickt darum in § 20 Abs. 2 keine materielle Vorschrift“, sondern lediglich eine Beweisregel (praesumptio iuris). Der Paragraph bezieht sich dann allein auf die vorsätzliche Thäterschaft. Die „besondern Umstände“ des § 20 Abs. 2 sind alle rechtserheblichen Umstände, welche die Annahme solcher Thäterschaft ausschließen. Diese Ansicht aber steht, wie Grüttesien (Seite 53—63) nachzuweisen sucht, im Widerspruch mit dem Willen des Gesetzgebers, insbesondere mit der ausdrücklichen Erklärung des Kommissionsberichtes, daß der Einwand des Redakteurs, den betreffenden Artikel nicht gelesen zu haben, keinen Entschuldigungsgrund nach § 20 Abs. 2 darstelle.

Meines Erachtens würde sich bei dieser Sachlage nun für Grüttesien ein doppelter Weg eröffnen: entweder den materiellen Theorien zu folgen und dann den § 21 Pr.G. mit seiner Fahrlässigkeitsstrafe gegen den Redakteur für gegenstandslos zu erklären (da § 20 Abs. 2 diese Fälle bereits deckt), oder aber sich der Beweistheorie anzuschließen und so — ohne Rücksicht auf die Entstehungsgeschichte — eine befriedigende Interpretation des Gesetzes selbst zu gewinnen. (Letzteres wäre um so weniger bedenklich, als gerade in unserm Falle der sogenannte „Wille des Gesetzgebers“ ein möglichst unklarer war.) Was aber thut Grüttesien? Er behauptet einen „unlösbaren Widerspruch“, der „im Gesetze selbst“ begründet sein soll. „Die §§ 20 Abs. 2 und 21, wie sie vom Gesetzgeber gewollt sind, heben sich gegenseitig auf. . . . Der Reichstag hat das Unvereinbare vereint, und das

Resultat ist: rien est fait. Weder der § 20 Abs. 2, noch der § 21 kann Anspruch auf Geltung erheben, denn der eine steht dem andern im Wege“, d. h. also kurz gesagt: Es gibt in unserm heutigen positiven Recht keine Bestimmung über die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs! Daß dies Resultat „ebenso einfach, wie überraschend“ ist, wird man Grüttesien gern zugeben; damit sind freilich die Vorzüge desselben auch erschöpft. Den besten Beweis seiner völligen Unhaltbarkeit liefert Grüttesien selbst, indem er den kaum gewonnenen Standpunkt einfach mit den Worten über den Haufen wirft, die Rechtsprechung sei „bis zum Erlaß eines neuen Preßgesetzes in der traurigen oder glücklichen Lage, frei von gesetzlichen Fesseln nach Zweckmäßigkeitsgründen zwischen den beiden Systemen wählen zu können“. Eine solche Wahl hat doch wohl die rechtliche Gültigkeit der betreffenden Bestimmungen zur Voraussetzung?!

De lege ferenda wünscht Grüttesien (anschließend an Liszt) vor allem, den Zeitungsunternehmer an der Haltung des Blattes fühlbar pekuniär zu interessieren. Bei Preßdelikten soll ihn eine Ordnungsstrafe von 100 bis 6000 M. treffen, falls der Thäter nicht zu ermitteln ist. Der verantwortliche Redakteur soll prinzipiell nach den allgemeinen Strafgesetzen haften. Soweit er danach nicht Thäter oder Teilnehmer ist, verfällt er einer Fahrlässigkeitsstrafe (Haft oder Gefängnis bis 6 Wochen), wenn er nicht die Anwendung der pflichtgemäßen Sorgfalt oder Umstände nachweist, welche diese Anwendung unmöglich gemacht haben.

Ein Anhang der Schrift enthält „die Verteidigung des Redakteurs gegenüber einer Anklage wegen eines Preßdelikts.“

29. R. Schmid. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Preßvergehen. (Dissertation.) Zürich, Schulthess 1895. IV und 145 S. 8.

Die Schrift behandelt in 2 Kapiteln den Thatbestand der Preßvergehen (§. 1—43) und die strafrechtliche Verantwortlichkeit für dieselbe (§. 44—145).

Preßvergehen sind nach Ansicht des Verf. „alle Delikte, welche durch eine Gedankenäußerung in einem Preßzeugnisse herbeigeführt werden“ (§. 7), sei es, daß dies unmittelbar durch die Mitteilung (Verbreitung) des Inhalts der Druckschrift geschieht — (reine Gedankenäußerungs-Preßdelikte, z. B. Beleidigung) — sei es, daß das Delikt zu seiner Vollendung noch den Eintritt eines weiteren Erfolges erheischt — (Preßdelikte mit materiellem Erfolge, z. B. Betrug, Erpressung). Öffentlichkeit der Verbreitung ist für den Begriff des Preßdelikts nicht erforderlich; es genügt vielmehr, daß die Druckschrift irgend einer bei ihrem Zustandekommen nicht beteiligten Person zugänglich gemacht wird (§. 1—32). Diese Sätze gelten nach Schmid's Ansicht auch für das deutsche Reichspreßrecht. Ausgehend von denselben bespricht der Verf. Vollendung und Versuch der Preßvergehen (§. 33—43).

Unter den bei Herstellung und Verbreitung eines Preßzeugnisses beteiligten Personen (§. 44—61) erscheint als verantwortlicher Redakteur derjenige, „welcher im gegebenen Falle die endgültige Redaktion einer Druckschrift besorgt hat oder hätte besorgen sollen“ (§. 51), ohne Rücksicht auf ausdrückliche Benennung. Bei Anwendung der allgemeinen Schuldbegriffe auf Preßvergehen ist Urheber zunächst der Verfasser des betr. Artikels; neben ihm kann der Einsender als Miturheber oder Gehilfe, aber auch als bloßes Werkzeug in Betracht kommen. Der verantwortliche Redakteur, welcher den Artikel mit Kenntnis seines strafrechtlich relevanten Inhalts aufnahm, wäre — je nach seinem Vorsatz — Urheber oder Gehilfe. Das übrige Zeitungspersonal dagegen — Sub- oder Hilfsredaktoren, Kopisten, Schreiber, Drucker, Druckereipersonal, Expedienten, Inhaber der Ausgabestellen und gewerbsmäßige Zeitungsaussträger — ist nicht verantwortlich, wenn es sich auf die Ausübung seiner berufsmäßigen Funktionen beschränkt (also nicht etwa Veränderungen an Artikeln oder z. B. Anstiftungshandlungen vornimmt); denn diese Personen handeln unfrei als bloße Handlanger oder Werkzeuge. (Anders, wenn der Drucker Inhaber einer gegenüber dem Zeitungsunternehmen selbständigen Druckerei ist; dann soll er nach Schmid als Urheber bezw. Gehilfe haften; und dasselbe behauptet der Verf. für nicht gewerbsmäßige Zeitungsaussträger, für Zeitungsverkäufer und Kolporteurs.) So §. 61—82. Des weitern wird die Haftung bei Zeitschriften, Büchern und Broschüren, Plakaten, Flugblättern und Druckarten geprüft (§. 82—93).

Die Schwierigkeit der Feststellung des im einzelnen Falle Schuldigen aber hat zur Aufstellung besonderer Grundsätze über die Haftung bei Preßvergehen geführt. Der Verf. geht demgemäß auf eine Erörterung dieser „verschiedenen preßrechtlichen Verantwortlichkeitssysteme“ über (§. 93—129). In § 20 Abs. 2 des Deutschen Pr.G. erblickt er, übereinstimmend namentlich mit v. Liszt und dem Reichsgericht, eine bloße Beweisregel, eine *praesumptio iuris*; die Strafen des § 21 ahnden „die Vernachlässigung der durch die besonderen Verhältnisse der Presse den einzelnen Beteiligten obliegenden Sorgfalt“, nicht aber wollen sie die fahrlässige Begehung des konkreten Delikts (z. B. der Beleidigung usw.) unter Strafe stellen.

De lege ferenda wünscht Schmid prinzipiell die Anwendung der allgemeinen Strafgesetze auf Preßvergehen. Außerdem aber soll als Thäter bestraft werden, wer den Druck und die Verbreitung von Äußerungen, deren Strafbarkeit er erkennen konnte, bewirkt hat, sofern er nicht den etwaigen Auftraggeber benennt. Die übrigen bei der Herstellung und Verbreitung eines strafbaren Preßzeugnisses beteiligten Personen soll Geldstrafe von 10—1000 Frsch. treffen, wenn sie nicht denjenigen benennen oder sonst kenntlich machen; von dem sie das Preßzeugnis übernommen haben. Endlich werden einige auf die Preßpolizei und Beschlagnahme bezügliche Vorschriften verlangt.

30. Kloeppel, P. Das Reichspressrecht. Nach Gesetz und Rechtsprechung für die Bedürfnisse der Rechtsanwendung wissenschaftlich dargestellt. Leipzig, C. F. Hirschfeld 1894. XIV und 495 S. 8.

Das erste Buch des breit angelegten Werkes (S. 3—140) behandelt die Geschichte des Pressrechts im In- und Auslande (wobei „unter Verzicht auf eigne Forschung nur die zugänglicheren Hilfsmittel benutzt“ sind). Es folgt eine systematische Darstellung des geltenden Reichspressrechts in zwei Büchern: „Die Ordnung der Presse“ (S. 243—296) und „Das Pressstrafrecht“ (S. 299—468). Als Anhang sind das Pressgesetz sowie die einschlägigen Bestimmungen des R.Str.G.B. und der Gewerbeordnung abgedruckt. Ein alphabetisches Sachregister zum zweiten und dritten Buche (S. 490—495) erleichtert die Benutzung des Ganzen.

Das praktische Bedürfnis nach einer neuen wissenschaftlichen Bearbeitung des Deutschen Pressrechts begründet der Verf. mit dem Hinweis darauf, „daß zwischen dem Erscheinen der 13. Aufl. der Darstellung (1880), die bis jetzt keine Nachfolge gefunden hat, und der hier dargebotenen nahezu die ganze fünfzehnjährige Rechtsprechung des Reichsgerichts auf diesem Gebiete liegt, deren eingehendste Behandlung gerade die Aufgabe dieses Buches ist“. Von dieser Behandlung erhofft Kloeppel zugleich eine Änderung vielfach irriger Ansichten des obersten Gerichtshofes. — Als Haupteigentümlichkeit des strafrechtlichen Teils erscheint die eingehende Darstellung „der einzelnen Pressvergehen des Strafgesetzbuchs“, d. h. derjenigen Delikte, bei welchen „zu dem Inhalte der Druckschrift nur die Veröffentlichung hinzukommen muß, um den Thatbestand der strafbaren Handlung zu vollenden“ (S. 299). Als solche werden in 3 Abschnitten die „Pressvergehen gegen das Gemeinwesen und seine Rechtsordnung“ (St.G.B. §§ 85, 110, 111, 126, 130, 131; S. 398—421), die „Angriffe auf die sittlichen Grundlagen des Gemeinwesens“ (Str.G.B. §§ 95 ff., 166, 184; S. 421—435) und „die Beleidigung“ (S. 435—452) erörtert.

Zum Begriff des verantwortlichen Redakteurs verlangt der Verf. sowohl die tatsächliche Ausübung der Redaktionsthätigkeit als die ausdrückliche Benennung gemäß § 7 des Pressgesetzes (S. 203). Die Haftung des verantwortlichen Redakteurs nach § 20 Abs. 2 Pr.G. soll (S. 359) „weder eine Präsumtion oder gar Fiktion der Schuld, noch auch nur eine Beweisvorschrift, durch welche die freie Beweiswürdigung des Richters irgendwie beschränkt wäre“, enthalten, sondern „nur der Ausdruck des wirklichen Sachverhalts“ sein. Danach wäre § 20 Abs. 2 inhaltlich bedeutungslos¹⁹⁾. Kloeppel selbst aber gibt diesen Standpunkt sofort wieder preis mit den Worten: Weil aber die Vorschrift des § 20 Abs. 2 „eine begriffliche Folgerung und nicht

¹⁹⁾ Dagegen bereits Grütffien in der soeben besprochenen Schrift S. 37—40.

eine Ausnahmebestimmung irgend welcher Art ist, muß sie auch dadurch zu widerlegen sein, daß die Unrichtigkeit ihrer tatsächlichen Unterlagen dargethan wird“. Bedarf es einer Widerlegung der Folgerung des § 20 Abs. 20, so muß eben im Zweifelsfalle Verurteilung erfolgen, d. h. § 20 Abs. 2 enthält allerdings eine *praesumptio iuris*, eine Verschiebung der materiellen Beweislast zu Ungunsten des Angeklagten.

31. Delius, Das Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 usw., zum praktischen Gebrauch für Beamte, Redakteure, Verleger usw. zusammengestellt und erläutert. Hannover, Helwing 1895. VI und 217 S. 8.

Ein „Nachschlagebuch für Preßangelegenheiten“ will der Verf. liefern, welches über alle Fragen schnelle Auskunft geben soll. Deshalb greift er über die Kommentierung des Preßgesetzes selbst (Abt. I. S. 3—114) hinaus und gibt eine (bisher noch fehlende) Darstellung aller auf das Preßrecht bezüglichen, wichtigeren Vorschriften der Reichs- und Landesgesetze. Die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung, des R.Str.G.B. und des G.B.G. werden in Abt. II—IV (S. 117—159) behandelt. Abt. V (S. 171—192) bringt (auszugsweise und soweit sie für die Tagespresse in Betracht kommen) die Bestimmungen über Urheberrechtsschutz im Inlande und gegenüber dem Auslande, Abt. VI (S. 192—200) die Vorschriften des Preßgesetzes über Versendung von Zeitungen usw. „Endlich sind in Abt. VII (S. 201—206) verschiedene preussische Landesgesetze (Lotteriespielen usw. betr.) angeführt, deren Beobachtung vorzugsweise für den Inseratenteil einer Zeitung von Bedeutung ist. Der gleiche Grund gab Veranlassung zur Aufnahme der im Anhang zu Abt. III abgedruckten Reichsgesetze (betr. Inhaberpapiere mit Prämien und Patentgesetz). Die Landesgesetze der übrigen Bundesstaaten sind an entsprechender Stelle eingeschaltet.“ — Die Erläuterungen des Verf. sind klar und unter sorgfältiger Berücksichtigung der Jurisprudenz geschrieben, so daß das Buch seinen Zweck durchaus erfüllen dürfte.

XII. Gesetzausgaben.

32. Dalke, A. Strafrecht und Strafprozeß. Eine Sammlung der wichtigsten, das Strafrecht und das Strafverfahren betreffenden Gesetze. V. Auflage. Berlin, F. W. Müller. 1893. XI und 841 S. 8.

Die Zahl der Auflagen beweist, wie sehr der Verfasser es versteht, „dem Praktiker in handlicher Form eine kommentierte Sammlung aller derjenigen Strafgesetze zu geben, die er im täglichen Verkehr zu handhaben hat“. Gegenüber der frühern Auflage (Besprechung Z X 717) sind neu hinzugefügt das Reichsgesetz, betreffend den Verkehr mit Wein usw. vom 20. April 1892, das Wuchergesetz, das Spionagegesetz, sowie das preussische Gesetz vom 18. August 1891

betreffend den Privathandel mit Staatslosen. Der hierfür und zugleich auch für eine Erweiterung des Kommentars erforderliche Raum ist durch Ausschreibung einiger älterer Gesetze gewonnen worden.

33. Daube, Dr. P. Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871. Mit den Entscheidungen des Reichsgerichts. 5. Auflage. Berlin, G. W. Müller. 432 S. 8.

Die neue Auflage berücksichtigt die durch die Reichsgesetze vom 26. März, 19. Juni und 3. Juli 1893 veranlaßten Abänderungen des Strafgesetzbuchs sowie die seit dem Erscheinen der 4. Auflage (1891) veröffentlichten reichsgerichtlichen Entscheidungen. Über die Anlage des vielbenutzten Buches vergl. Z III 710.

34. Proebst, Max, Dr. Freiherrn von Riebels Kommentar zum Polizeistrafgesetzbuch für das Königreich Bayern vom 26. Dezember 1871. V. Auflage. München, Beck. 1894. XXI und 461 S. 8.

Das Neuerscheinen des Werkes, dessen vierte Auflage (Oktober 1888) bereits von Proebst bearbeitet wurde, soll naturgemäß einem Bedürfnis der bayerischen Praxis Genüge leisten. Aber auch die Strafrechtswissenschaft darf es mit Freude begrüßen, wenn ihr wie hier ein klarer und sicherer Einblick in die Entwicklung, den gegenwärtigen Bestand und die Anwendung eines einzelstaatlichen Polizeistrafrechts gewährt wird.

35. Von einer Kommentierung der braunschweigischen Strafgesetze durch Amtsrichter E. Ude enthält das erste Heft (Braunschweig, Joh. Heinr. Meyer 1894. VI und 184 S. 8.) das Polizeistrafgesetzbuch vom 27. November 1872. Die Erläuterungen bewegen sich meist in äußerst knappem Rahmen. Ein zweiter Teil umfaßt die Sammlung der kleinern Strafgesetze.

36. Eine eingehende systematische Zusammenstellung der die Polizeiverwaltung und Strafrechtspflege in Preußen, insbesondere in Pommern, berührenden Bestimmungen (unter Berücksichtigung der Judikatur) gibt das in zweiter Auflage erschienene Werk von Otto Held: Gesetze und Verordnungen für die Polizeiverwaltung und Strafrechtspflege unter besonderer Berücksichtigung der für die Provinz Pommern und den Regierungsbezirk Stettin erlassenen Polizeiverordnungen. Berlin, Carl Habel. 1895. XLVIII und 1022 S. 8. Ein alphabetisches und ein chronologisches Sachregister erleichtern die Benutzung des umfangreichen Buches, dessen Herausgabe der Sohn des kurz vor der Drucklegung verstorbenen Verfassers besorgt hat.

XIII. Anhang: Verschiedenes.

37. Schwaiger, Hermann. Über die strafrechtliche Stellung der Steuerdefraudationen. (Erlanger Dissertation.) München, Selbstverlag des Verfassers. 1894. 58 S. 8. (Auch abgedruckt im „Gerichtssaal“ Bd. 49 S. 401—454.)

Unter Defraudation (als einer speziellen Art von Steuervergehen) versteht der Verfasser „die vorsätzliche, gesetzwidrige und mit Strafe bedrohte Handlung beziehungsweise Unterlassung einer steuerpflichtigen Person, wodurch die Veranlagung oder Erhebung von Steuern zum Schaden der Steuerklasse unmöglich gemacht oder verkürzt wird“. Hinsichtlich der Bestrafung dieses Delikts stehen sich insbesondere zwei Ansichten schroff gegenüber: „Von der einen wird die Defraudation als ein Sonderdelikt allermildesten und nicht ignominiosen Charakters aufgefaßt, von der andern wird deren Unterordnung unter das allgemeine Strafgesetz nebst strenger Bestrafung begutachtet.“ Der Verfasser schließt sich mit näherer Begründung der letztern Auffassung an und empfiehlt ein dem Verschulden des Thäters anzupassendes System von Geld-, Freiheits- und Ehrenstrafen, auch wünscht er die Anwendung des ordentlichen, öffentlich-mündlichen Strafverfahrens. — Ihrer rechtlichen Natur nach hält der Verfasser die Defraudation für ein Bereicherungsverbrechen, da sie sich gegen die Steuerforderung als Bestandteil des Staatsvermögens richtet. Wie der Betrug, so sei auch die Defraudation Schädigung fremder Vermögensrechte behufs Herbeiführung eignen Vermögensvorteils. Die übrigen Merkmale des Betruges können, brauchen aber nicht notwendig im Einzelfalle vorzuliegen. Sind sie gegeben, so hat Bestrafung wegen Betruges zu erfolgen, „wenn nicht das betreffende Spezialgesetz ausdrücklich die Anwendung des allgemeinen Strafgesetzes auch auf die durch betrügerische Handlungsweise begangenen Defraudationen ausschließt“.

38. Bertsch, M. Über Landstreicherei und Bettel. Tübingen, Laupp. 1894. 101 S. 8.

Einen „Beitrag zur Lösung der Stromerfrage“ will der Verfasser mit seiner Arbeit liefern, nicht eine Gesamtdarstellung des strafrechtlichen Kampfes gegen Bettel und Landstreicherei. Von diesem Standpunkte aus betrachtet darf die Schrift als entschieden dankenswert bezeichnet werden. Sie untersucht zunächst (S. 2—9) den Rechtsgrund für die Bestrafung unsrer Delikte — (Bertsch findet ihn in der Verletzung der Pflicht zur Arbeit als einer Kardinalforderung der Moral) —, gibt weiter nach einem kurzen geschichtlichen Überblick (S. 9—24) eine eingehende dogmatische Interpretation des § 361 Nr. 3 und 4 R.St.G.B. (S. 25—77) und schließt mit „Kritik und Reformvorschlägen“ (S. 77—101).

Im einzelnen habe ich mich über die Ansichten des Verfassers bereits an andrer Stelle²⁰⁾ ausgesprochen.

39. Landsberg, J. F. (Gerichtsassessor). Bettel- und Landstreicherei, Armenpflege. Düsseldorf, Schwann. 1896. 68 S. 8.

Der Verfasser weist nachdrücklich darauf hin, daß die Delikte des Bettels und der Landstreicherei nur teilweise aus Arbeitsfurcht, zum guten Teile aber aus Not hervorgehen. Eine wirklich durchgreifende Besserung sei demgegenüber nur durch eine sachgemäße Ausgestaltung, insbesondere eine weitergehende Zentralisation der Arbeitsvermittlung und der Armenpflege erreichbar; in dieser Richtung werden (§. 12—30) nähere Vorschläge gemacht. Aber auch das Strafrecht bedarf der Reform: Strafe soll nur die wirklich gefährlichen Elemente, diese aber energisch, treffen. Die heute übliche, mechanische Behandlung unsrer Delikte als Bagatelldelikte dagegen hat zu ungleichmäßiger und willkürlicher Anwendung der korrekturellen Nachhaft, zur Nichtbeachtung des Notstandes bei der Bestrafung, zur ungenügenden Berücksichtigung der Motive und der Person des Täters und zu einer fehlerhaften Gleichmäßigkeit in der Behandlung der einheimischen und der landstreichenden Bettler geführt. Demgegenüber entwickelt der Verfasser (§. 32—42) seine Reformpläne.

Die kleine Schrift erhebt sich vielfach nicht über das Niveau des Skizzenhaften; trotzdem verdient ihre Tendenz wie auch eine Reihe der Einzelausführungen des Verfassers entschiedene Billigung.

40. Bregenzner, Ignaz (Landgerichtsrat). Tier-Ethik. Darstellung der sittlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen Mensch und Tier. Herausgegeben von dem Verbands der Tierschutzvereine des Deutschen Reichs. Bamberg, Buchner. 1894. X und 422 S. 8.

Die vorliegende im Juli 1889 vom Verband der deutschen Tierschutzvereine mit dem ersten Preise gekrönte und dann nochmals durchgearbeitete Schrift verwertet ein großes Material in breit angelegter Darstellung. Der erste Teil (§. 6—261) behandelt ethnologisch-geschichtlich das Tier in der Religion, in Leben und Sitte und im Rechtsleben und gibt schließlich einen Überblick über die Geschichte der wissenschaftlichen Tierethik bis zur Gegenwart. Im zweiten, systematischen Teil tritt der Verfasser nach Erörterung „psychologisch-ethischer Vorfragen“ (§. 262—302) und nach Feststellung der „allgemein ethischen und moralischen Aufgabe“ (§. 302—324) an das tierrechtliche Problem heran. Bregenzner gibt mir gegenüber²¹⁾ (§. 351) zu, daß „der strafrechtliche Tierschutz in seinem tiefsten Grunde allerdings in mensch-

²⁰⁾ In meinem Buche: Die strafrechtliche Bekämpfung von Bettel, Landstreicherei und Arbeitsfurcht. Berlin, Liebmann 1895.

²¹⁾ Vergl. meine Schrift: Die Tierquälerei in der Strafgesetzgebung des In- und Auslandes. Berlin, Liebmann 1891 S. 124 ff.

lichen Interessen, und zwar im sittlichen Idealgut des Mitgefühles und Mitleids wurzelt“, behauptet aber kurz darauf (S. 352), daß „die Zurückführung des Tierschutzes auf Menscheninteressen als unlogisch abzuweisen“ sei und deshalb „keine andre Wahl bleibe, als seinen Sitz und Grund in seinem natürlichen Gegenstand, direkt in den Interessen der Tiere selbst zu suchen“. Demgemäß stellt Bregenzner die Tierquälerei systematisch mit der Körperverletzung zusammen, während ich sie als Sittlichkeitsdelikt betrachtete. Und weiter formuliert er die Frage nach der Notwendigkeit des Tierschutzes dahin, „unter welchen Voraussetzungen und in welchem Maße jene Tierinteressen verhältnismäßig mehr gerechtfertigt“ sind, „als die ihnen im Wege stehenden Menscheninteressen“ (S. 360). Das gesetzgeberische Resultat (S. 369) ist das gleiche, zu welchem ich seiner Zeit gelangt bin: Bestrafung jeder (rechtswidrigen) Mißhandlung von Tieren als Vergehen, daneben eine Übertretungsstrafe für Zuwiderhandlung gegen polizeiliche Präventivvorschriften. Höher als bei mir ist die von Bregenzner vorgeschlagene Vergehensstrafe (Haft oder Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder Gefängnis bis zu 2 Jahren), neu der Wunsch nach Bestrafung der unbefugten Tötung von Tieren.

Anschließend an diese allgemeinen Ausführungen behandelt Bregenzner zunächst die „speziellen Tierschutzbestimmungen“ (Vogelschutz, Jagd- und Fischereischutz, „Rechtsschutz gefangener Nutztiere, Sonderrecht der Haustiere“) und geht dann auf „die Rechte des Menschen gegen das Tier“ über. Als solche werden dargestellt: „Soziale Notwehr gegen schädliche Tiere“ (S. 376—381), „Das soziale Notstandsrecht der Tieraneignung, insbesondere Jagd und Fischerei“ (S. 381—387), „Das soziale Notstandsrecht des Verbrauchs von Tieren und tierischen Produkten“ (S. 387—391), „Das Gebrauchsrecht an Tieren (Domestikation)“ (S. 391—396), endlich „Die Vivisektionsfrage“ (S. 396—408), wobei Bregenzner nur das Experiment an betäubten Tieren gestattet, den mit Qualen verbundenen Versuch aber als „Mißhandlung“ bestraft wissen will.

41. v. Kirckenheim und Reinark: Zur Reform des Irrenrechts. Elf Leitsätze zur Besserung der Irrenfürsorge und Beseitigung des Entmündigungsunfugs, im Auftrage einer am 21. Nov. 1894 in Göttingen zusammengetretenen Vereinigung mit Begründung herausgegeben. Barmen, Wiemann 1895. 64 S. 8.

Das Verlangen nach Verbesserung unsrer Irrengesetzgebung und Irrenpflege, insbesondere nach erhöhten Garantien gegen ungerechtfertigte Entmündigung und Einsperrung in Irrenanstalten, ist ein voll berechtigtes. Eine Schrift, welche diesem Verlangen energischen Ausdruck verleiht, kann deshalb prinzipiell nur sympathisch begrüßt werden. Daß deshalb auch die hier aufgestellten „elf Leitsätze“ sämtlich zu billigen wären, möchte ich nicht behaupten; insbesondere erscheinen mir die das Strafrecht betreffenden Vorschläge teilweise als verfehlt.

Dieselben lauten:

- a) Es ist eine strafgesetzliche Bestimmung (etwa § 239 a) einzufügen, wonach widerrechtliches Einbringen und Einbehalten in einer Irrenanstalt mit Freiheitsstrafe, in schweren Fällen und, wenn ein Beamter oder Arzt der Thäter ist, mit Zuchthaus bestraft wird.
- b) Der Begriff der falschen Anschuldigung (§ 164 R.St.G.B.) ist auszudehnen auf die Behauptung des Irrsinns und die Behauptung von Thatfachen, die, wenn sie wahr wären, eine Entmündigung oder Unterbringung in eine Irrenanstalt zur Folge hätten.
- c) In § 51 R.St.G.B. sind die Worte „der Bewußtlosigkeit“ zu streichen und eventuell durch „des Schlafes und der Schlaftrunkenheit“ zu ersetzen.

Der erste dieser Sätze ist gegenüber § 239 R.St.G.B. überflüssig und kann nur Begriffsverwirrung stiften. Der letzte führt insbesondere dazu, den sinnlos Trunkenen als zurechnungsfähigen Thäter zu strafen. Das aber wäre nicht mehr berechtigte Energie gegenüber dem Verbrechen, sondern ein bedauerlicher Kulturrückschritt.